

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreis Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 55 A BERLIN • Sonnabend, den 5. März 1932 1 JAHRGANG

Konjunktur-Diagnose.

Von Herbert Reinemann.

Das Charakteristische der Banken-Sanierung ist dies: man versucht, eingetretene Erscheinungen, offensichtliche und nicht mehr wegzuleugnende Erscheinungen weitzumachen. Aber den nach wie vor wirkenden Ursachen, die zu jenen Erscheinungen geführt haben, geht man nicht auf den Grund und trägt ihnen nicht Rechnung.

Von den eingefrorenen Krediten der deutschen Banken sind mittlerweile so viele nicht mehr vollwertig, und die Entwertung ist so in die Augen springend, daß es eine zu leicht durchschaubare Vogel-Strauß-Politik wäre, wenn die Bankverwaltungen ihre ausstehenden Kredite in den Bilanzen für 1931 noch mit dem vollen Betrag (d. h. ohne Abschreibungen) einsetzen würden. Man trägt daher der Sachlage zum Teil Rechnung. — dort, wo sie sich überhaupt nicht mehr wegdisputieren läßt. So können die „Wirtschaftsführer“ bei der allgemeinen Gedankenlosigkeit damit rechnen, daß sie im übrigen ihre bisherige Verschleierungs-Methode ungestört fortsetzen können.

In diesem Sinne teilt denn auch die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft — nach wie vor großspurig — mit, daß sie von der Garantie- und Akzeptbank (im vorigen Jahr zur Stützung der Privatbanken gegründet) nie Kredit in Anspruch genommen hat. Ferner erklärt sie, daß die vorgenommenen Abschreibungen (240 Millionen Mark auf Kredite, 35 Millionen Mark auf Wertpapiere) nicht mit den wirklichen Verlusten gleichzusetzen seien. Vielmehr enthielten die Abschreibungen Rückstellungen, über die man durchblicken läßt, daß sie sich vielleicht als zum Teil überflüssig erweisen würden.

Die Deutsche Bank gibt uns Material zur Nachprüfung ihrer Meinung an die Hand. Sie bemerkt, daß sie auf die mittleren und kleinen Kredite verhältnismäßig mehr als auf die großen Kredite hätte abschreiben müssen. In der Bilanz von 1931 werden die zwei Posten „Schuldner“ und „Vorschüsse auf Waren“ ausgewiesen mit 1980,5 und 344,2 Millionen Mark, zusammen also mit 2324,7 Millionen Mark. Vor den erwähnten Abschreibungen machten diese Kredite also 2564,7 Millionen Mark aus. Hierin sind nicht eingerechnet die Kredite, die in anderen Bilanzposten (insbesondere in dem Posten „Schecks, Wechsel“) enthalten sind. Auf die verschiedenen Kreditklassen sind nun Abschreibungen in unterschiedlicher Höhe gemacht worden, wie folgt:

Kreditklasse (Höhe der Kredite)	Bilanzsumme (Millionen Mark)	Abschreibung (Millionen Mark)	Anteil in Proz. der Bilanzsumme
100 — 500 000 Mark	550,8	83,4	15,1
20 — 100 000 Mark	335,4	38,—	11,3
Sämtliche Kredite	2564,7	240,—	9,4
Also Kredite von unter 20 000 Mark			
u. über 500 000 Mark	1678,5	118,6	7,1

Nur die ersten zwei Reihen enthalten die von der Bank ausdrücklich veröffentlichten Einzel-Ziffern. Aber diese Zahlen in Verbindung mit der Bilanz ermöglichen die Ausrechnung der letzten beiden Reihen.

Wir sehen also, daß die Bank auf die großen Kredite (von mehr als 500 000 Mark) weniger als halb so viel (7,1 zu 15,1 Prozent) abgeschrieben hat wie auf die mittleren Kredite. Vermutlich hat sie auf die großen Kredite sogar noch weniger abgeschrieben. Denn erstens habe ich, wie gesagt, in der Summe für „Sämtliche Kredite“ (2564,7 Millionen Mark) nicht alle Kredite (z. B. nicht Wechsel) einbezogen können. (Die in den ersten zwei Reihen der Tabelle angegebenen Summen für die mittleren Kredite enthalten dagegen alle Arten von Krediten.) Zweitens hat die Bank gerade auf die kleinen Kredite (von weniger als 20 000 Mark) vermutlich mehr abgeschrieben als auf die großen Kredite (von mehr als 500 000 Mark).

Ich bezweifle, daß die Bank Ende vorigen Jahres noch über wesentliche stille Reserven verfügte, die ihr ermöglicht hätten, beträchtliche zusätzliche Abschreibungen außer den öffentlich bekanntgegebenen vorzunehmen.

Mit welchem Recht nun macht die Bank die beschriebenen Unterschiede? Stehen die großen Kreditnehmer etwa so viel sicherer da als die mittleren und kleinen Betriebe?

Die Politik der Kartellpreise und Agrarzölle hat gerade die verarbeitende Industrie (wo die mittleren und kleinen Betriebe überwiegen) getroffen. Die bisherige Wirtschaftspolitik stand durchaus im Dienst der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen. Der konjunkturpolitische Schluß der Deutschen Bank, daß die mittleren und kleinen Kredite „sich weit weniger krisenfest gezeigt hätten, als man gemeinhin glaube“, — dieser Schluß ist also gänzlich unberechtigt. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Neue Verhandlungen in Genf.

In Schanghai vorübergehend Ruhe — Vollversammlung eröffnet. Neuer Ausschuß.

Um 14 Uhr Ortszeit wurde am Donnerstag der japanische Vormarsch auf der ganzen Linie eingestellt. Die japanische Front befindet sich ungefähr an der Grenze der Zwanzig-Kilometer-Zone; sie reicht von Liuho im Norden über Taisang und Nanschang bis Tschenu. Die Truppen, die diese Linie bereits überschritten hatten, wurden wieder zurückgezogen.

Der chinesische General LJUWEN erklärte, der chinesische Rückzug sei aus rein strategischen Gründen erfolgt. Die japanische Armee könne sich jetzt nicht mehr auf die japanische Kriegsflotte stützen, wie das in Wusung der Fall gewesen sei.

Jedenfalls: Im Augenblick herrscht Ruhe; der erste Wunsch des Völkerbundes ist erfüllt; die Verhandlungen in Genf können beginnen.

Am Donnerstag nachmittag wurde die Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet. PAUL BONCOUR wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß sich der Völkerbund in diesem Fall mit einem Streit zu befassen habe, der sich in unmittelbarer Nähe einer großen dem Völkerbund nicht angeschlossenen Macht, nämlich Rußlands, abspiele, und der nicht ohne die Mitwirkung einer anderen nicht zum Völkerbund gehörenden Macht, der Vereinigten Staaten, entschieden werden könne. Das mache die Verhandlungen so schwierig. Der Konflikt sei im Fernen Osten drohe den gleichen Umsturz herbeizuführen, wie der Anschlag von Serajewo.

Die Vollversammlung wählte den belgischen Außenminister HYMANS zu ihrem Präsidenten.

Daraufhin erhielten die Vertreter der beiden streitenden Mächte das Wort. Der chinesische Gesandte YEN begann seine Anklagerede mit einer Wiedergabe der neuen japanischen Waffenstillstandsbedingungen, in denen u. a. gefordert wird, daß die chinesischen Truppen auf eine von den chinesischen und japanischen Behörden noch zu bestimmende Entfernung von Schanghai zurückgezogen werden sollen, und in denen es heißt, daß sich die japanischen Truppen erst nach der Zurückziehung der chinesischen Truppen selber zurückziehen würden. YEN erklärte, diese Bedingungen wichen erheblich ab von den an Bord des englischen Flaggschiffes „Kent“ getroffenen Vereinbarungen. Sie seien daher für China unannehmbar.

YEN schilderte den Verlauf des Konfliktes vom September des vorigen Jahres an. Er führte den Nachweis, daß Japan alle Vermittlungsvorschläge, seien sie von China, dem Völkerbund oder den USA ausgegangen, abgelehnt habe. Er forderte zum Schluß von der Vollversammlung, sie solle sämtliche Möglichkeiten einer Regelung des Konfliktes erörtern, die Zurückziehung der japanischen Truppen erzwingen, feststellen, daß Japan den Völkerbundspakt gebrochen habe, und feierlich erklären, daß China in keiner Weise für die grausigen Folgen der Vorgänge in Schanghai und in der Mandchurei verantwortlich sei.

In der Abendsitzung des Völkerbundes antwortete MATSUDEIRA, der japanische Botschafter in London. Er

AUS DEM INHALT:
 Zollverhandlungen mit Oesterreich.
 Wirtschaftsmoral u. innere Mission.
 Arbeitslose und Gewerkschaften.
 Über Gewerkschaftsgehälter.
 ADGB gegen Völkerbund.
 Der Bierkrieg.
 Wachsende Macht der Schwerindustrie.

wiederholte im wesentlichen die Angriffe, die SATO vor dem Völkerbundsrat wieder und wieder gegen China vorgebracht hatte, und die durch die häufige Wiederholung nicht schlagkräftiger werden. Seine Schilderung begann mit dem Jahre 1911, in dem China angefangen habe, sich national selbständig zu machen und die „angeblich“ untragbar gewordenen internationalen Verträge zu bekämpfen, ohne jedoch gleichzeitig eine Besserung seiner inneren Lage herbeizuführen.

Der wichtigste Punkt in den Ausführungen von MATSUDEIRA war die von ihm angemeldete Forderung der japanischen Regierung hinsichtlich der Mandchurei. Die japanische Regierung lehne es ab, die mandchurische Frage auf der Vollversammlung des Völkerbundes zur Verhandlung zu stellen. Sie verfolge keine territorialen Absichten in der Mandchurei (das braucht sie nicht mehr zu tun, seitdem sie durch die Gründung der mandchurischen Republik einen zwar nicht offiziellen, aber dafür um so sicheren Einfluß in der Mandchurei hat), werde aber niemals darauf verzichten, die eigenen weitgehenden Interessen in der Mandchurei zu sichern.

Für die chinesische Regierung ist es ein ganz unmöglicher Standpunkt, den Streit in Schanghai losgelöst von der mandchurischen Frage zu behandeln. Die Vollversammlung steht also von Anfang an vor einem grundsätzlichen und die Kräfte des Völkerbunds wahrscheinlich übersteigenden Konflikt.

Die Vollversammlung beschloß im Anschluß an die beiden Reden, den gesamten Komplex der Streitfragen zwischen Japan und China einem neugebildeten Ausschuß zu überweisen. Der Ausschuß tritt am Freitag nachmittag zu seiner ersten Beratung zusammen.

Unerhörter Unternehmerangriff.

Entlassungen — Lohnkürzungen bis 30 Proz.

a Mährisch-Ostrau (Tsch.), 3. März.

Die Grubenbesitzer von Mährisch-Ostrau erklären, daß den Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie nur dadurch abgeholfen werden könne, daß 12 000 Arbeiter entlassen und die Löhne um 27 bis 30 Prozent gekürzt werden, daß die Lohnzuschläge für die Arbeitsstunden am Samstag gestrichen, den Bergarbeitern die Deputatkohle genommen und ihnen an Stelle dessen minderwertigeres Heizmaterial zur Verfügung gestellt werde. Donnerstag nachmittag findet beim Bergrevieramt in Mährisch-Ostrau eine Besprechung der Bergarbeiter mit den Vertretern der Gruben statt. Die Erregung in Mährisch-Ostrau ist groß.

a Halle, 29. Februar.

Die zur Chemischen Fabrik Buckau gehörige Grube Clara-Verein ist stillgelegt worden. Durch diese Maßnahme sind 130 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen. Auch das zu dem genannten Unternehmen gehörige Elektrizitätswerk Gröbers wird in den nächsten Tagen vollkommen stillgelegt werden. Hiedurch kommen etwa 50 Arbeiter zur Entlassung.

Lohnstreit im holländischen Bergbau.
s Amsterdam, 3. März.

Am Mittwoch fand in Heerlen eine Sitzung der sogenannten Kontaktkommission des Bergbaus statt, die sich mit der Frage der von den Arbeitgebern angekündigten Lohnkürzung um 10 Prozent ab 1. April beschäftigte. Von den Arbeitgebern wurde darauf hingewiesen, daß sämtliche limburgischen Kohlenbergwerke in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1931 nur einen Reingewinn von 3 Cents pro Tonne erzielt haben, während im Januar dieses Jahres ein Verlust von 44 Cents pro Tonne zu verzeichnen war. Der durchschnittliche Ertrag der Produktion ist jetzt niedriger als 1913, während die Untertagelöhne ungefähr 89 Prozent, die Ubertagelöhne etwa 100 Prozent über denen der Vorkriegszeit liegen. Nach einem Hinweis auf den Rückgang der Lebenshaltungskosten wurde von den Arbeitgebern eine Herabsetzung der Mieten für die Arbeiterwohnungen und des Preises für Hausbrandkohle in Aussicht gestellt.

Am 7. März kommt die Kontaktkommission erneut zusammen, um den Arbeitnehmern Gelegenheit zur ausführlichen Darlegung ihres Standpunktes zu geben.

Dieser Schluß steht völlig unter dem Eindruck des Unmittelbar-Offensichtlichen. Aber gerade die drohenden Bankerotte der Großbetriebe, die man mit der bisherigen Wirtschaftspolitik aufzuhalten sucht und sucht, sind die — nicht ohne weiteres sichtbare — Ursache dafür, daß die an und für sich krisenfesten Mittel- und Kleinbetriebe in der verarbeitenden Industrie so gefährdet werden.

Letzten Endes sägen sich damit die bisher begünstigten Großindustriellen und Großgrundbesitzer, wie wir schon in einem früheren Artikel sagten, den Ast ab, auf dem sie sitzen. Mit der Unterhöhlung der allgemeinen Kaufkraft muß schließlich auch der Absatz der Produktionsgüter-Industrien sinken. Das beweisen die Ziffern über den Rückgang des Eisenabsatzes im allgemeinen und der kürzlich veröffentlichte Geschäftsbericht der Vereinigten Stahlwerke im besonderen. Was aber wird dann aus den großen Krediten werden, wenn die bisherige Subventionspolitik aufhört?

Durch diese Untersuchung wird die Behauptung bestätigt, daß die „Wirtschaftsführer“ nur nicht mehr wegzuleugnende Erscheinungen wettzumachen suchen. Darüber aber, was sich wohl entwickeln werde, macht man sich keine Gedanken, sondern man „hofft“, daß es besser werde:

„Die Ereignisse der Woche waren nicht besonders wichtig. Die Politik des Abwartens, wie sie in dem Beschluß zum Ausdruck kommt, die Reparationskonferenz bis in den Juni zu verschieben, wird fortgesetzt in der Hoffnung, daß irgendein wirtschaftliches Wunder sich ereignen könnte, das die Verhältnisse inzwischen verbessern würde. Aller Augen richten sich auf die Vereinigten Staaten, in der Hoffnung, daß das Hoover-Programm erfolgreich sein möge.“ So äußern sich ausländische Finanzkreise.

Was aber vom Hoover-Programm zu halten ist, haben wir im Wirtschaftsteil vom 23. und 24. Februar gezeitigt. Wie wir dort fanden, macht man jetzt in den Vereinigten Staaten auf einmal, was man in Deutschland mittels Banken-Stützung, Osthilfe und Subventionierung der Industrie stückweise versucht und nicht erreicht hat.

Die sogenannten „Optimisten“, die sich an jeden neuen Strohhalm klammern, um ihre „Hoffnung“ fortsetzen zu können, entpuppen sich also als Phantasten. Sie lernen nichts aus der Erfahrung und entschließen sich nicht zu einer gründlichen und sorgfältigen Ueberprüfung ihrer bisherigen Auffassungen und Auffassungswesen, obwohl sie gerade dann zu einer verlässlicheren Orientierung und besseren Politik kommen könnten.

Sie bleiben unter dem Eindruck des Eingetretenen (und insofern Gewesenen) stehen und untersuchen nicht gründlich die wirkenden Faktoren in der Situation, von denen die weitere Entwicklung abhängt.

Einen Faktor haben wir bereits erwähnt: die herrschende Wirtschaftspolitik. Die Maßnahmen der deutschen Regierung laufen darauf hinaus, die Massenkaufkraft zu untersuchen, um die Stellung der Großindustriellen und Großgrundbesitzer entweder zu stützen oder wenigstens schonen zu können. Die jetzige amerikanische Kreditausweitung hat eine ähnliche Bedeutung.

Also: Solange eine Umkehr von dieser in verschiedenen Ländern betriebenen Politik nicht stattfindet und solange vielmehr die bisherige Politik fortgesetzt wird (die ein Loch, wenn es gar zu groß wird, zustoßt auf Kosten der Massenkaufkraft, vermittels direkter Steuern, Zölle, Kartellpreise, Kreditpolitik u. s. w.), — solange ist mit einer weiteren Unterminierung der Wirtschaft zu rechnen.

Zu diesem beherrschenden Faktor kommen einzelne Umstände hinzu. Unter diesen sind die folgenden besonders wichtig:

1. Zölle und Devisenvorschriften zahlreicher Länder behindern die deutsche Anefuhr. Diese Zuspitzung der Krise setzte erst im Herbst 1931 mehr und mehr ein.

2. Die deutsche Industrie empfing bisher beträchtliche Aufträge aus der Sowjet-Union, unterstützt durch langfristige Kredite, die die Reichsregierung mehr oder weniger garantierte. Wegen der ganzen Lage kommen neue Geschäfte dieser Art wenig in Frage.

3. Durch die Notverordnungen vom vorigen Herbst wird die Bauwirtschaft in Deutschland noch mehr lahmgelegt. (Vergleiche die Artikel von FERDINAND FALK in „Wohnungswirtschaft“ Nr. 20 und 22, vom 15. Oktober und 15. November 1931.)

WAHN EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Poeschl-Verlag, Berlin

(54. Fortsetzung.)

Humette streckt angriffsbereit den roten Schädel vor. Audinot kehrt dem Gewerkschaftsführer kurz den Rücken. Saint Brice hat plötzlich wieder seine verächtlich heruntergeklappten Augenlider. „Das ist alles, was Sie mir zu sagen haben?“

„Um jedes Mißverständnis auszuschließen, übergebe ich Ihnen die Forderung der ‚Union‘ schriftlich.“ Broucq versenkt seine Schmiedef Faust in die Rocktasche und holt ein Schriftstück hervor.

„Das Präsidium der ‚Union‘ glaubt der Regierung den Kurs vorschreiben zu dürfen? Sagen Sie bitte Herrn Brandt, daß ich ultimative Forderungen mit Entschiedenheit ablehne.“

Broucq steht da wie ein Betonklötz. „Neun Millionen können schwerer wiegen als alle Regierungen Europas.“

Saint Brice trommelt, überlegen lächelnd, auf die Tischplatte. „Die Machtmittel des Staates sind hinreichend, das Land nicht nur gegen äußere Feinde zu schützen, sondern auch gegen innere Widersacher.“

Dem alten Gewerkschaftler glimmt ein heißer Blick zwischen den zerfransten Lidern. „Bis zwei Uhr nachts erwarten wir Antwort.“ Er wuchtet ohne Verbeugung zur Tür hinaus.

„Unschädlich machen!“ bricht jetzt Humette los. „Wollen Sie eine Nebenregierung dulden? Die Leute gehören hinter Schloß und Riegel!“

Saint Brice läßt sich langsam und müde auf einen Stuhl fallen. „Ich möchte es nicht auf mich nehmen, in unarer Situation Gewaltmaßnahmen zu ergreifen. Tatsachen sind nicht fortzulugnen. Brandt stellt eine Macht dar. Wenn wir ihm nur ein Haar krümmen, bekommen wir die Massen auf

4. Im vorigen Jahr waren einige Industrien unverhältnismäßig gut beschäftigt, da zahlreiche Sparer infolge der Angst vor einer Geldentwertung „Sachwerte“ kauften. Von dieser vorübergehenden Konjunktur wurden vor allem die Möbel-, Textil- und Leder-Industrie begünstigt. Der Rückgang des Geschäftes wird sich in diesen Wirtschaftszweigen also erst noch bemerkbar machen; vielleicht sogar in verstärktem Maße, da man ja 1931 Ersparnisse aufgebraucht hat, um sich auf Vorrat einzudecken.

5. Die nach wie vor unberührte Frage der internationalen politischen Schulden belastet die Lage.

6. Verschiedene Länder haben besonders akute Schwierigkeiten. So soll Rumänien mit dem Gedanken einer Zwangsleihe und einer Herabsetzung der privaten Schulden umgehen. In Finnland gärt es. Spanien ist alles andere als konsolidiert. Ebenso besteht in den lateinamerikanischen Staaten Unruhe (mehr oder weniger unter der Decke). Welche Wirkungen die Spannung in Indien haben wird, kann kein Mensch ermessen. Der japanisch-chinesische Krieg gibt zwar den Rüstungsindustrien vorübergehende Beschäftigung; aber auch hier werden (wenn man bloß an die konjunkturpolitische Seite der Sache denkt) einmalige Reserven verausgabt. Die Erschöpfung der beiden Völker durch den Krieg wird für die übrigen Wirtschaftszweige aller Länder einen nachhaltigen Rückschlag zur Folge haben, der auch die — jetzt durch Rüstungsaufträge begünstigte — Schwerindustrie in Mitteleuropa ziehen wird.

Bei diesen Umständen handelt es sich größtenteils nicht um selbständig wirkende Ursachen. Die Umstände 1 bis 4 sind Folgeerscheinungen des wirtschaftspolitischen Willens der „Wirtschaftsführer“ der verschiedenen Länder, der darauf abzielt, die früher übliche Bereinigung von Krisen (durch Bankerotte vor allem in der Produktionsgüter-Industrie) hintanzuhalten. Hierauf sind auch Schwierigkeiten wie die von Rumänien, Finnland und Lateinamerika zurückzuführen. Diese Länder können ihre Erzeugnisse, größtenteils Agrarprodukte, Holz, Mineralien, nicht mehr hinreichend ausführen wegen der Krise in den Industrieländern.

Standpunkt der chinesischen Regierung.

Die chinesische Regierung hat am Donnerstagabend den chinesischen Oberbefehlshaber der Schanghai-Truppen angewiesen, die Feindseligkeiten ebenfalls einzustellen, falls sie nicht von den Japanern angegriffen würden. Wie die Chinesen melden, setzten die japanischen Truppen jedoch am Donnerstagabend bei Nanschang die Feindseligkeiten fort, wobei es wieder zu scharfen Feuergefechten gekommen ist. Die Hauptmasse der chinesischen Armee zieht sich gegen Quinsan zurück. Die Generale der 19. Armee haben eine Erklärung abgegeben, daß sie durch das weitere japanische Vorrücken gezwungen seien, auf eine zweite Verteidigungslinie zurückzugehen. Sie seien entschlossen, diese bis zum letzten Mann und zur letzten Kugel zu halten.

Lappo-Putsch zusammengebrochen.

in Riga, 3. März.

Wie der Sonderkorrespondent der „Sewodnja“ aus Finnland meldet, der noch am Donnerstag im Kraftwagen die Gegend von Mantsälä besucht hat, ist dieses Hauptgebiet des Aufstandes von regierungstreuen Truppen eingekreist, während Mantsälä selber noch in den Händen der Lappo-Anhänger ist. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Putsch der Lappo-Anhänger zusammengebrochen ist. Obgleich es nirgends zu ernstern Zusammenstößen der angesammelten bewaffneten Kräfte gekommen ist — keine der beiden Parteien wollte mit dem Angriff beginnen — haben die Maßnahmen der finnländischen Regierung und besonders die Rundfunkrede des Staatspräsidenten SVINHOVUD zahlreiche Lappo-Anhänger veranlaßt, wieder auseinanderzugehen und damit von der Führung abzufallen. Wie einer der Führer der Lappo-Bewegung erklärt, hat die Sperrung des Telefon- und Telegrafverkehrs in ganz Finnland die weitere Ausdehnung der Bewegung verhindert und dieser damit den vernichtenden Schlag versetzt. Die Führer

den Hals. Der Mordanschlag hat das Blut schon genügend erhitzt!“

Der Generalatabschef kommt mit maskenhaft unbeweglichem Gesicht vom Fenster her. „Geben Sie mir bitte eine klare Antwort auf meine klare Frage, Baron. Haben Sie die Möglichkeit eines Krieges ernsthafte in Ihre Kalkulation einbezogen oder ist das Auftrumpfen der Regierung nur taktisches Manöver? Im letzteren Fall könnten wir uns den kostspieligen und bedenklichen militärischen Apparat schenken.“

Der Greis springt auf und läuft hastig durchs Zimmer. „Darauf kann kein Mensch eine feste Antwort geben, General! Wir sind von unserem Gegenspieler Capponi abhängig. Politik ist die Kunst, eine Schlacht zu gewinnen, ohne das Volk ins Feuer zu führen. Ich werde jetzt sofort alle Kabinettsmitglieder von dem unerhörten Ultimatum der ‚Union‘ verständigen...“ Mit jugendlichen Schritten eilt er auf den Korridor hinaus.

Audinot lächelt respektlos. „Die Russen haben ein Sprichwort: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ Er neigt sich aus seiner Turmhöhe zu Humette herunter und zeigt eine starre Grimasse. „Zum Schluß, wenn alles schief geht, wem wird es in die Schuhe geschoben?“

„Uns Soldaten natürlich! Wie üblich!“ Humette stürmt hinaus. Audinot folgt ihm langsam, über alle Menschen, die draußen auf dem Gang an ihm vorüberschießen, wie über Bagatellen hinwegsehend.

Germaine ist seit einer Stunde auf der Suche nach dem Ministerpräsidenten. Jetzt sieht sie ihn endlich die Treppe herunterkommen.

„Ich will Sie nur drei Minuten sprechen, Baron...“ „Verzeihen Sie, meine Liebe, Sie sehen ja den Hexenkessel, der dirigiert sein will.“ Er neigt sich dicht an ihr Ohr. „Haben Sie ihn gesprochen?“

Germaine machte ein hoffnungsloses Gesicht. „Warum haben Sie seine Demission nicht verhindert...?“

„Ich kann in meinem Kabinett keinen Diktator dulden!“ Er zieht Germaine in eine Gangnische. „Welchen Eindruck haben Sie von ihm? Trauen Sie ihm zu, daß er die Lage zu einem Machtkampf ausbeutet?“

Um mehr selbständige, nicht-wirtschaftspolitische Ursachen handelt es sich allerdings im Falle des japanisch-chinesischen Kriegs. Hier herrscht der Wille militärpolitischer Machthaber vor. Ebenso wird die Reparationsfrage wesentlich beherrscht von dem Interessengegensatz französischer und deutscher Militärpolitiker im Kampf um die Vormachtstellung in Europa.

Die selbständig wirkenden Ursachen im Wirtschaftsleben sind also nicht wirtschaftstechnische Einzelheiten, sondern der Wille der Machthaber. Dieser kommt in den Einzelheiten nur zum Ausdruck, und wir können ihn aus den Einzelheiten herauschälen.

Diesen Willen gilt es zu verändern. Wenn die Arbeiterschaft endlich die leistungsfähige Art durchschaut, wie die „Wirtschaftsführer“ sich ihre „Meinung“ über die Lage bilden und auf Wunder „hoffen“ und sich und andere damit in ein leichtlebigeres Dahinschlittern einwiegen, — wenn wir uns endlich aufraffen, mit dieser Vogel-Strauß-Politik Schluß zu machen, dann wird ein neuer Wille entstehen, der dem Geschehen und damit auch der Konjunktur eine andere Richtung geben wird. Das aber ist die Vorbedingung für die Ergreifung der wirtschaftstechnischen Einzelmaßnahmen, die heute geboten sind.

Auf Grund einer Erörterung wirtschaftlicher Einzelheiten kommen wir also zu dem gleichen Ergebnis wie in unserem Artikel vom 23. Februar auf Grund von moralisch-politischen Erwägungen. Wir sind nicht bei den statistisch erfassbaren, ziffernmäßig meßbaren Einzelercheinungen in der Wirtschaft stehen geblieben, sondern haben den Willen herausgeschält, der in den Einzelercheinungen zum Ausdruck kommt. Dieser Wille der Machthaber ist die wirkende Ursache in der Flut der Erscheinungen; und ihn gilt es zu beurteilen, um zu einem gesicherten Urteil über die Richtung des Geschehens zu gelangen.

Vorübergehende Aufhellungen — infolge des Frühjahrgeschäfts oder der amerikanischen Kreditausweitung — sind möglich. Aber grundsätzlich müssen wir mit einer Verschärfung der Krise rechnen, solange Anzeichen für eine Aenderung des herrschenden politischen Willens nicht erkennlich sind. — solange eine Reformation der Politik nicht zustande kommt.

der Lappo-Bewegung sollen aber entschlossen sein, in absehbarer Zeit, besser vorbereitet, den Marsch nach Helsinki zu wiederholen.

Kämpfe in Indien.

in Bombay, 3. März.

Am Donnerstag nachmittag wurde die Polizeistation Sheohar von 7000 Indern überfallen, die Kongreßflaggen trugen und die Beamten mit Stöcken und Ziegelsteinen angriffen. Die Polizisten, die vorher durch einen anonymen Brief gewarnt worden waren, eröffneten, nachdem sie eine Stunde lang belagert worden waren, das Feuer auf die Menge, wobei fünf Inder getötet wurden.

Rediskontkredit verlängert.

in Berlin, 3. März.

Wie die Reichsbank auf Anfrage mitteilt, ist die Bestätigung der Verlängerung des 400-Millionen-Dollar-Kredites bis zum 4. Juni durch den BIZ nunmehr auf telephonischem Wege erfolgt. Die Kreditsumme von 10 Prozent der Kreditsumme verteilt sich jedoch auf die bisherigen Meldung nicht auf die dreimonatige Frist, sondern erfolgt sofort. — Ueber weitere Rückzahlungen sind vorerst Vereinbarungen noch nicht getroffen worden.

Die Einwanderung in die USA.

(IGB.) Der Stand der Einwanderung hat in den Vereinigten Staaten seit 100 Jahren den tiefsten Punkt erreicht. Obwohl die Einwanderung im vergangenen Jahr schon stark eingeschränkt war, wird in diesem Jahre nur noch ein Einwanderer zugelassen, wo im vergangenen Jahre noch fünf Einwanderer herankamen. Im Juni 1931 wurden nur 8584 Einwanderer zugelassen, im gleichen Monat des Jahres 1913 50mal soviel. Im Jahre 1930/1931 wurden über 18000 Fremde formell ausgewiesen, während viele Tausende von Personen diesem Schicksal nur entgingen, indem sie freiwillig das Land verließen.

Germaine berührte den Arm des Greises und sagt entschlossen: „Wenn Sie ihn dazu zwingen, weicht er bestimmt nicht aus! Wollen Sie nach zwei Fronten kämpfen? Gegen Capponi und gegen Brandt? Sind Sie heute durch Paris gegangen? Nirgends entdecken Sie einen Funken Begeisterung für einen Krieg, außer bei halbwüchsigen Jungen. Brandt hat recht: wir können unser Todesurteil nicht selbst unterschreiben!“

Saint Brice zieht spöttlich die Lippen zusammen. „Werden Sie auch fahnenflüchtig, Gnädigste?“

„Es handelt sich nicht um mich“, versetzt sie lebhaft. „Frankreich hat andre Aufgaben als die, sich für den Balkan aufzuopfern. Glauben Sie denn, daß Sie morgen in der Kammer eine Mehrheit für Ihre Politik gewinnen? Das wäre entsetzlich!“

Der Ministerpräsident knöpft ungeduldig seinen Rock auf und zu. „Ob man mich morgen in der Kammer bejubelt oder stürzt, ist für meine Entschlüsse ohne Bedeutung. Jetzt fehlt nur noch, meine Liebe, daß Sie mich mit Hinweisen auf den Bürgerkrieg zum Gruseln bringen! Ich würde nicht blaß werden, weil vielleicht ein paar hundert Köpfe rollen müßten. Vermutlich genügt schon ein Kopf, der fällt!“ Er berührt flüchtig Germaines Hände und schreitet, seine Schultern hochziehend, rasch den Korridor hinunter.

Germaine läßt sich über Treppen und Gänge treiben. Stimmengewirr umzieht ihre Ohren. Auf Schritt und Tritt fliegen drei Worte wie Bälle durch die Luft: Capponi-Saint Brice-Brandt. Als wenn das Schicksal aller Völker in diesen drei Namen beschlossen läge... Es genügt, wenn ein Kopf fällt... Mit welcher Kältherzigkeit Saint Brice das sagte! Der Kopf Léon Brandts... Germaine haßt in dieser Minute den Gehirnmenschen Saint Brice.

Sie steht plötzlich vor der Tür des sozialistischen Fraktionszimmers, Sie zieht in raschem Entschluß ein Notizbuch aus der Handtasche, reißt ein Blatt heraus und schreibt, die Wand als Unterlage benutzend, hastig die Worte: „Ich muß Sie zwei Minuten sprechen. Ihre G. de Be.“ Sie drückt den Zettel einem vorbeisirenden Diener in die Hand. „Bitte Herrn Brandt persönlich abgeben!“

(Fortsetzung folgt.)

„Offenlegung der Steuerlisten“ — in den Gewerkschaften!

Fritz Grob fordert in Nr. 55 des „Funken“ die Offenlegung der Steuerlisten in den Gewerkschaften, d. h. die Bekanntgabe der Gehälter, nachdem diese radikal herabgesetzt worden sind, entsprechend der erforderlichen Solidarität der Verbandsangestellten mit den übrigen, größtenteils erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern.

Dies würde tatsächlich sehr zu begrüßen sein. Denn wie sieht es heute aus? Ein kleines Beispiel dafür, wie sehr das Vertrauen in dieser Frage fehlt.

In einer ZdA-Mitgliederversammlung meldet sich ein junger Kollege beim Punkt „Verschiedenes“ zum Wort. Er will eine Anfrage stellen.

Der Leiter: „Worum handelt es sich denn?“
Der junge Kollege: „Ich möchte einmal wissen, wie hoch die Gehälter unserer Verbandsvorsitzenden sind. Ich bitte, bei dem Verbandsvorstand deswegen einmal anzufragen.“

Der Leiter: „Wer hat Sie vorgeschickt?“
Der junge Kollege (ehrlich entrüstet): „Niemand. Ich habe von mir aus ein Interesse an der Beantwortung dieser Frage.“

Der Leiter (aufgeregt): „Machen Sie uns nichts weis! Die Methoden kennen wir! Wie kommen Sie zu Ihrer Frage?“

Der junge Kollege: „Das ist ganz einfach. Ich werde in Gesprächen oft angegriffen wegen der zu hohen Gehälter unserer Angestellten. Ich möchte unseren Verband aber verteidigen, dazu muß ich doch selber wissen, wie die Sache liegt, ob tatsächlich so hohe Gehälter gezahlt werden.“

Der Leiter (wird immer nervöser): „Wer hat Sie denn angegriffen? Antworten Sie doch klipp und klar! Was wurde behauptet?“

Der junge Kollege (nochmals betuernd): „Ich werde häufig deswegen gefragt — — —, ich habe wirklich keinen bestimmten Angriff im Auge. (Ganz verzweifelt): Ich bin ja selber Mitglied der SPD!“

Verzettelte Zwischenrufe: „Warum sollen wir es eigentlich nicht wissen?“

Ein älterer Kollege (in väterlichem Ton): „Lieber Kollege, du mußt doch einsehen, daß du von unsauberen Elementen mißbraucht werden sollst, die nachher nur über die hohen Gehälter der Verbandsbonzen schimpfen und den Verband schädigen wollen. Im Jahresbericht stehen ja übrigens Angaben über Ausgaben für Verwaltung und auch für Gehälter (Angaben über einzelne Gehälter finden sich nicht!), da kannst du ja mal nachlesen.“

Es melden sich noch einige zum Wort.

Der Leiter (unsicher, aber rafft sich zu energischem Auftakt auf): „Die Anfrage des Kollegen ist erledigt. Da er sich weigert, genaue Angaben über die Angelegenheit zu machen, werden wir sie nicht weiter leiten. Wir kommen im nächsten Punkt der Tagesordnung.“

Diese Methode der Abwürgung einer solchen Anfrage zeigt deutlich die vorhandene innere Unsicherheit der Gewerkschaftsfunktionäre. Leider ließen sich die meisten Mitglieder dies ruhig gefallen. Sie sehen noch nicht, daß diese Frage gerade im Interesse der Gewerkschaften gar nicht oft genug gestellt — — und in dem von Grob angegebenen Sinne gelöst werden muß.

Ich habe in letzter Zeit öfter erlebt, daß von Seiten mancher Gewerkschaftsleitungen aus man sich bemüht, den Mitgliedern vorzumachen, alles Reden über solche Dinge wie die hohen Gehälter und überhaupt über die „Bonzen“ — auch in Mitgliederversammlungen — sei gewerkschaftsschädigend. Beweis (sehr einfach!): Der Gegner (z. B.

Nazis) benutze ja diese Dinge, um die Gewerkschaften herunterzumachen und öffentlich anzugreifen. Die Konsequenz sei also: Den Mund halten.

Bei dieser Sachlage kann nur Ruhe und Unbeirrtheit weiter helfen. Wenn die Verbandsvorsitzenden — und überhaupt die Angestellten — ein so mäßiges Gehalt haben, daß dieses die Gehälter ihrer anderswo arbeitenden Kollegen nicht übersteigt, sondern das vielleicht sogar noch dahinter zurückbleibt, dann soll mal irgendein Nazi oder sonstwer etwas über die „Bonzen“ sagen. Aber was die Nazis darüber sagen, und was auch Gewerkschaftskollegen — und zwar mit Recht — dazu sagen, wenn die Gehälter und andere Bezüge der Gewerkschaftsangestellten bei weitem Arbeiterlöhne und -gehälter übersteigen, das sollten sich die Genossen und Kollegen Funktionäre einmal ohne Zorn und Eifer überlegen. Ich hörte einmal in einer Gewerkschaftsversammlung von einem Sozialdemokraten (einem im übrigen außerordentlich sanften Kollegen!) die treffende Bemerkung: Je dicker die Brieftasche der Funktionäre infolge der höheren Gehälter dieser Kollegen würde, um so mehr vergrößere sich der Abstand zwischen ihnen und den anderen, draußen arbeitenden Kollegen. (Daß die Nazis wegen hoher Gehälter und anderer Mängel auch in ihrer eigenen Bewegung sich genug umsehen könnten, ist zwar richtig — aber keine Entschuldigung für Sozialisten.)

Man soll von Seiten der leitenden Genossen der Gewerkschaften nicht mit dem billigen Einwand kommen, der Neid der Besitzlosen verdiene nicht, respektiert zu werden. Vielleicht ist es bei manchem wirklich eine leise Regung des Neides, die beim Protest gegen hohe Gehälter mit unterläuft. Aber man muß auch bedenken: Dieser Protest ist gerade deshalb wert, beachtet zu werden, weil die Gehälter der freigestellten Kollegen von den anderen mit aufgebracht, in des Wortes wahrster Bedeutung gerade jetzt geradezu erhungert werden müssen. Wer hier in der Herabsetzung der Gehälter nicht bis an die äußerste Grenze geht, beweist, daß die gewerkschaftliche Solidarität für ihn in der entscheidenden Phase noch immer ein Problem ist. Aber Probleme sind dazu da, gelöst zu werden. Und darum kann es dazu nur heißen:

Nicht das Reden über die hohen Gehälter, sondern diese selber haben zu verschwinden.

Maria Hodann.

Proletarier aller Länder . . .

E. M. London, 3. März.

Eine Bergarbeitergewerkschaft im Nordwesten Englands (Yorkshire Miners Federation) befaßt sich mit dem Plan, die im Streik stehenden polnischen Bergarbeiter mit einer Summe von 2000 Pfund Sterling (das sind etwa 30 000 Mark) zu unterstützen.

Allerdings ist nicht ganz sicher, ob der Vorschlag zu dieser Spende lediglich dem Geist internationaler Solidarität entspringt; man könnte auch Furcht vor der polnischen Konkurrenz darin vermuten, wenn man hört, daß der Präsident der betreffenden englischen Gewerkschaft sich zu dem Streik in Polen wie folgt äußerte:

„Die Begründung (für den Lohnabbau) der polnischen Bergwerksbesitzer ist die, daß sie durch den Lohnabbau die Preise von Ausfuhrkohle senken wollen, um mit England konkurrieren zu können.“

Die Vermutung, Konkurrenzfurcht sei die Triebfeder, wird bestärkt durch den Umstand, daß in England gerade die

arbeiteten gerade dort. Er zeigte mir die Bibliothek: „700 Bücher!“ Beinahe stolz klang seine Stimme dabei. Die Bücher waren mit sauberen Umschlägen versehen. Einer von ihnen, ein Buchdrucker, hatte einen Bücherkatalog gedruckt. Der Genosse sah sich um, wie die Arbeit voranging, gab verschiedentlich Ratschläge.

„Es ist schön, daß wir das fertig gebracht haben. Abends kommen die erwerbstätigen Genossen hierher, am Tag die arbeitslosen.“

Auf dem Bahnsteig sagte er mir auf Wiedersehen. „Ich möchte auch nach Paris fahren. Man kann dort mehr tun als in Genf; aber sie haben mich ausgewiesen. . . .“

Bernhard der Former.

H. D. BERNHARD, von Beruf Former, drei Jahre nicht mehr in Arbeit, hat heute morgen bei uns angefangen. Es sind noch wenige Minuten bis zum Beginn der Schicht. Auf seinem Gesicht wechseln Freude, Erwartung und Angst. Man hat ihm von der Arbeit erzählt, die nur ein gesunder und kräftiger Mann machen kann. BERNHARD will es zwingen.

Das ist die Arbeit: Acht Stunden lang im Hetztempo 300 bis 350 Pfund schwere Schiebkarren über holperigen Boden fahren. Oder acht Stunden lang Säcke mit 200 Pfund Dünger stapeln. Oder acht Stunden lang mit der Hacke den durch die lange Lagerung steinhart gewordenen Dünger loshacken. Oder acht Stunden lang 200 Pfund von der Waage heben, und zwar in je zwei Minuten 600 Pfund. Oder acht Stunden lang Sackkarren, beladen mit 400 Pfund, wegfahren.

BERNHARD hat die erste Karre geladen. Er wird knallrot, als er sie aufhebt, dann hat er sie in den Armen. Er wankt zehn Schritte damit, dann kippt ihm die Karre um. Ein Kollege lacht — bis er BERNHARDS Gesicht sieht. Hilflos wie ein angeschossenes Tier sieht er aus. Ich lade die Karre wieder voll und kippe sie ins Becherwerk. BERNHARD rate ich, die Karre nicht so voll zu laden. Das geht eine Weile gut, dann kommt der Meister und will die Karre vollgeladen haben. Der Meister ist eine gekaufte Kreatur, früher der radikalste Schreier im Betrieb, heute der schlimmste Antreiber.

Nach drei Stunden ehrlichen Bemühens geht BERNHARD wieder zur Wohlfahrt. BERNHARD ist 36 Jahre alt.

Bergarbeitergewerkschaften sehr zersplittert und wenig solidarisch unter einander sind. Es gibt für die einzelnen Bergbaugebiete verschiedene Gewerkschaften, deren Entscheidungen in der Regel lediglich von örtlichen Interessen abhängig gemacht werden, so daß man kaum erwartet, internationales Denken innerhalb dieser einzelnen Gewerkschaften zu finden.

Aber Solidarität oder Konkurrenzneid — den polnischen Bergarbeitern wird das Geld auf alle Fälle eine Hilfe sein, und zwar nicht nur materieller, sondern auch moralischer Art, um so mehr, als sie wahrscheinlich wie auch viele andere Proletarier wissen, daß in der Regel die Verbilligung der Produktion zum Zweck der Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern nur ein vorgeschobener Grund für Lohnkürzungen ist, daß die Preismäßigung jemals in dem gleichen Maße erfolgt ist, in dem die Löhne gesenkt worden waren.

Diesen Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit anderer Länder gegenüber sollte jeder Proletarier mit größtem Mißtrauen aufnehmen, sonst bewirkt er in der Regel nur, daß der Kampf für die Erhaltung des Lohnes aus Furcht vor der drohenden Arbeitslosigkeit vorschnell abgebrochen oder gar nicht erst begonnen wird, und daß die Kollegen der anderen Länder ihren dann billiger arbeitenden Kollegen Haß und Ablehnung entgegenbringen, weil sie sie als Ursache für ihre Arbeitslosigkeit und für ihre schlechten Löhne betrachten; denn natürlich beeilen sich auch ihre Arbeitgeber, die Löhne schnellstens „dem Weltmarktniveau anzupassen“.

Vielleicht wird es doch manche der englischen Bergarbeiter geben, die nicht nur aus Konkurrenzfurcht den polnischen Kollegen helfen, vielleicht werden sie sich sagen: Kumpel ist Kumpel, ganz gleich, welcher Nation er angehört. Und vielleicht wird er auch einmal seine gespaltenen Bergarbeiterverbände unter diesem Gesichtspunkt betrachten und sich klarmachen, daß auch der Bergarbeiter aus dem anderen Gebiet England's sein Kollege ist, mit dem er sich besser in einem großen Bergarbeiterverband organisieren sollte. Eine solche Zusammenlegung der einzelnen Verbände würde für die englischen Bergarbeiter einen gewaltigen Zustrom an Schlagkraft bedeuten.

Forderungen amerikanischer Bergarbeiter.

(I. G. B.) Der Kongreß der dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angehörenden Vereinigung der amerikanischen Bergarbeiter hat sich für den Sechstuentag, die 5-Tage-Woche und die staatliche Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Diese Forderungen sind den Statuten des Verbandes einverleibt worden. Ferner sprach sich der Kongreß für die Verstaatlichung aller für den öffentlichen Bedarf wichtigen Industrien sowie der Schlüsselindustrien aus.

In guter Gesellschaft.

H. Lt. Aus den Verhandlungen des Haushalts-Ausschusses des bayerischen Landtages erfahren wir: Die Hochschul-Assistenten haben wegen der Kürzung ihrer Bezüge eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in der sie folgenden Auszug aus dem Protokoll über eine Protest-Versammlung der Assistenten wiedergeben:

„Der Assistenzarzt Dr. HOPF schlug dem Assistentenverband den Anschluß an eine politische Kampforganisation vor. Unter lang anhaltendem, stürmischem Beifall empfahl er, daß die Assistenten dort Fühlung suchen, wo die Regierung wirklich Sorge zeigt, bei der Bewegung, vor der sich die Regierung wirklich fürchtet: bei den Nationalsozialisten.“

Der Grund für den so stürmisch begrüßten Anschluß an die NS — der Aerger über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage — zeigt, daß der Verband durchaus an die zuständige Stelle gegangen ist, er befindet sich dort in der richtigen Gesellschaft.

Ein menschenfreundlicher Pfarrer.

G. E. Vor einiger Zeit fand man in Kassel einen 65 Jahre alten Mann tot in seiner Wohnung auf. Der Gashahn war offen; aber es war nicht sicher, daß Selbstmord vorlag. Deshalb hat die Witwe des Verstorbenen den erschienenen Pfarrer, der sich auf die Leichenrede vorbereiten wollte, am Grabe nicht über die Mutmaßung zu sprechen, daß der Verstorbene sich selber getötet haben könnte. Aus den Worten des Pfarrers entnahm die Frau, daß er ihre Bitte respektieren würde.

Die Rede des Pfarrers war dann aber doch eine einzige Anklage des Toten. Nach einigen einleitenden Worten meinte er, sein Gewissen ließe ihm keine Ruhe, er müsse die Wahrheit sagen: „Dieser habe sich selbst gerichtet.“

Der Pfarrer hatte ganz offenbar die Gelegenheiten verwechselt: Er hatte nicht daran gedacht, daß er die Angehörigen trösten sollte (wozu er eigentlich angestellt ist), und daß er nicht gebeten worden war, sein Gewissen zu erleichtern. Diesen Mangel an Selbstbeherrschung haben die Angehörigen des Toten nun mit dem begrüßenswerten Schritt beantwortet, daß sie die Kirche verlassen haben — die sie sowieso nicht brauchen, um im Schmerz Trost zu finden.

Ein Engel aus Schnee.

H. Lt. Am Rande der Stadt München. Neben der Christ-König-Kirche ein freier Platz. Wasserpfützen, fahle Gräser, etwas Schnee. Kinder umstehen einen jungen Mann. Er arbeitet schweigend. Ein weißer Klumpen ragt aus dem Kreis. Wie freundlich! Zum Winterabschied einen Schneemann für die Kinder. Warum lachen sie nicht? Warum helfen sie nicht mit? Ich trete näher. Eine Figur ist schon fertig. Nicht größer als ein Schulkind. Schöne lange Flügel. Ein Engel aus Schnee! Auf dem Arm stehen Postkarten. In einer Schale liegt Geld. Ich verstehe. Ein neuer Versuch eines Arbeitslosen. Sehr geschickt! Hier muß das Herz des guten Bürgers schmelzen. Kein Polizist wird sich erbosen. Aufruhr und Unfug? Ein Engel aus Schnee!

Der Kämpfer.

R. B. Er ist Maurer. Wir kennen uns von früher. Er kommt auf mich zu, reicht mir schlicht die Hand und grüßt. „Salut!“ Kräftig ist er; er trägt einen braunen Manchesteranzug, einen leicht farbigen Schal. Ich sehe sein Abzeichen, das ein zerbrochenes Gewehr zeigt. Der Genosse ist Anarchist. Wie kam er dazu? Die Dogmatik der Kommunistischen Partei kann er nicht vortragen; der Opportunismus der Sozialdemokratischen Partei widert ihn an. Er liebt die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit; er ging dahin, wo er sie geachtet glaubte, zu den Anarchisten. Er ist kein Träumer; wie ein Besessener arbeitet er in den freien Gewerkschaften. Freude auf seinem Gesicht, als er mir von seiner Tätigkeit erzählt: „Denke, wir sind jetzt stark, haben die Spaltungsversuche der Kommunisten wirkungslos gemacht. Es gibt kein Parteigezänk mehr bei uns: nur noch gewerkschaftliche Aktion. Man achtet uns, uns vom Baugewerbe. Im vorigen Jahr haben wir mit Erfolg einen 24stündigen Streik durchgeführt. Seit 1900 war das wieder das erste Mal. . . . Ohne daß ich prahle: als wir vor vier Jahren angingen, waren wir 40 Holzarbeiter, jetzt sind es 400. Damals zählten wir 400 organisierte Maurer, jetzt 2000. Aber'n Haufen Arbeit! Im vorigen Jahr hab ich 70 000 Rundschreiben für die Mitglieder abgezogen. Oft wurde es drei Uhr morgens, und um 6.30 Uhr mußte man auf dem Arbeitsplatz sein. . . . Jetzt geht es besser; wir haben einen von uns zum Angestellten ernannt. Erst sollte ich es werden. Aber ich wollte nicht, da ich kein Bürokrat werden will, niemals; und es geht gut so, ich kann die Arbeit besser kontrollieren; die Kollegen haben eher Vertrauen zu mir, wenn ich bei ihnen auf der Arbeitsstelle bleibe. . . .“

Vorige Woche war ich mit ein paar Kollegen im Kino, um die Kriegshetze zu bekämpfen, die sie dort vom Stapel lassen. Trillerpfeifen hatten wir mit. . . . Alles klappte, nur mich haben sie drei Tage ins Kitchin gesteckt. Als ich reinkam, war mir schwindlig vor Müdigkeit. Ich warf mich auf die Pritsche und schlief lange. . . .“

Er brachte mich zum Zug. Wir hatten noch etwas Zeit, und er bat mich, mit ihm in ihren Klub zu kommen. In der Altstadt hatte er sich mit seinen anarchistischen Freunden einen großen Raum eingerichtet. Einige seiner Genossen

Die Stimmlisten liegen aus.

An den Anschlagssäulen sind die Wahllokale bekanntgegeben, wo am 13. März die Stimmen für die HINDENBURG-Wahl abzugeben sind. An den Anschlagssäulen ist auch festzustellen, wo die Stimmlisten eingesehen werden können. Die Listen liegen nur von heute bis einschließlich Sonntag aus von mittags 1 Uhr bis 8 Uhr abends, am Sonntag von 9 bis 4 Uhr. Wer nicht eingetragen ist, hat kein Wahlrecht.

Wähler, die am 13. März nicht in Berlin sein können, erhalten auf schriftlichen Antrag bei ihren Bezirksämtern Wahlscheine, durch die sie berechtigt werden, dort ihre Stimme abzugeben, wo sie sich gerade aufhalten.

Den Anträgen ist eine Begründung beizulegen. Die Anträge für die Ausstellung von Wahlscheinen müssen bis zum 11. März nachmittags 4 Uhr, gestellt sein.

Der Reichswahlleiter gibt folgende endgültige Fassung der Wahlvorschläge für die Reichspräsidentenwahl bekannt: THEODOR DUESTERBERG, Oberstleutnant a. D., Halle a. d. Saale;

PAUL VON HINDENBURG, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin;

ADOLF HITLER, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München;

ERNST THÄLMANN, Transportarbeiter, Hamburg;

ADOLF GUSTAV WINTER, Betriebsanwalt, Groß-Jena bei Naumburg a. d. Saale.

ADGB gegen Völkerbund.

Der Vorstand des ADGB hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die sich aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten ergeben können. Er hat dabei scharfe Kritik an der Passivität des Völkerbundes geübt. In Übereinstimmung mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes vertritt der Vorstand des ADGB die Überzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signarmächte des Versailler Vertrages schon vor Jahren ihr Versprechen eingehalten hätten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der am 3. März beginnenden Völkerbundsversammlung ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, die den chinesisch-japanischen Krieg beendet, und Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens auch für die Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

Mit anderen Worten: Die deutsche Regierung soll die Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt vermengen mit den Forderungen, die den deutschen Nationalisten die Parolen für die Abrüstungskonferenz geben. Das ist der sicherste Weg, die Vollversammlung von deutscher Seite zu sabotieren.

Arbeitslose und Gewerkschaften in England.

(IGB.) In Großbritannien, wo sich seit dem im Jahre 1928 in Swansea abgehaltenen Gewerkschaftskongreß die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt hat und heute mehr als halb so groß ist wie die Gesamtmitgliederzahl der freien Gewerkschaften, sind Bestrebungen im Gange, die Arbeitslosen in besonderen Arbeitslosenvereinigungen zu rekrutieren, die in einer Gesamtvereinigung zusammengefaßt werden sollen. Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) ist bestrebt, bei diesen Versuchen einen möglichst engen Zusammenhang mit der übrigen Gewerkschaftsbewegung zu sichern. „Es ist wichtig“, sagt der

Hilfssekretär TEWSON in „Industrial News“ (dem Wochenorgan des TUC), „daß die gegenüber den Arbeitslosen einzuschlagende Politik von der ganzen Bewegung getragen und unterstützt wird, anstatt daß die Arbeitslosen, die zu den unglücklichsten Mitgliedern unserer Bewegung gehören, materiell und moralisch sich selber überlassen bleiben.“

Ein vom Generalrat des TUC aufgestellter Plan billigt wohl die Gründung von speziellen Arbeitslosenvereinigungen, die auf Grund einheitlicher Statuten wirksam sein sollen, gleichzeitig sieht er jedoch vor, daß diese Vereinigungen organisatorisch direkt in den Verwaltungsapparat der Gewerkschaften eingebaut werden. Die Vereinigungen sollen unter der Leitung der Gewerkschaftskartelle wirksam sein; die Arbeitslosen sollen in den Föderationen der Gewerkschaftskartelle vertreten sein und an die Jahresversammlungen der Gewerkschaftskartelle Vertreter senden. Durch ihre Vertretung bei den Gewerkschaftskartellen nehmen sie auch automatisch Anteil an der Arbeit der gemeinsamen beratenden Komitees der Gewerkschaftskartelle und der Partei.

„Bei einer solchen Organisation ist“, so sagt TEWSON, „eine unabhängige nationale Organisation überflüssig, die nur zu einer Isolierung der Arbeitslosen sowie zur Aufziehung eines Apparates führen könnte, der nicht gut von jenen finanziert werden kann, für die er wirksam sein soll. Wird der Plan des Generalrates durchgeführt, so fällt die Leistung von Beiträgen an Bezirksorganisationen sowie an eine nationale Organisation weg.“

Die Frage, auf welche Weise man die Verbindung zwischen den erwerbslosen und den arbeitenden Kollegen am besten aufrechterhalten kann, um erstens den erwerbslosen Genossen die Solidarität der noch Arbeitenden zu vermitteln und zweitens das Band zwischen Arbeitslosen und Gewerkschaften nicht völlig zu lockern, ist eine sehr ernste und sollte auch in anderen Ländern reiflich überlegt und diskutiert werden.

NS und Polizei.

H. Lt. Im Sommer 1931 sah man zwei „Reichsbanner“-Leute vor dem Braunen Haus in München stehen, von denen sich der eine eifrig Notizen machte. Ein NS kam aus dem Haus heraus und forderte die Notizen. Sie wurden ihm verweigert. Nun kamen noch mehr NS hinzu. Ihre Versuche, sich in den Besitz der Notizen zu setzen, schlugen fehl. Da wurden die beiden „Reichsbanner“-Leute kurzerhand von den NS weggeschleppt — auf die Polizeidirektion! Dort untersuchte man die „Reichsbanner“-Leute auf Waffen. Dabei bekam ein Polizeibeamter unter dem Pullover eines „Reichsbanner“-Mannes einen Ledergürtel mit der „Reichsbanner“-Koppel zu sehen. Waffen fand man nicht, also schrieb man wenigstens eine Anzeige wegen Verstoßes gegen — das Uniformverbot!

Die Gerichte waren diesmal vernünftiger als die Polizei. Der „Reichsbanner“-Mann wurde, auf Antrag des Staatsanwalts, freigesprochen. Drei Wachtposten des Braunen Hauses aber erhielten wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung und Nötigung Gefängnisstrafen von zehn Tagen bis einen Monat.

Furchtbares Unglück beim Tanken.

be Paris, 3. März
Durch die Unvorsichtigkeit eines Kraftwagenbesitzers verbrannten am Donnerstag in Niort zwei Kinder im Alter von sieben bzw. zwei Jahren. Beim Auffüllen der Benzinbehälter seines Wagens hatte der Besitzer einem Nachbarn eine brennende Kerze übergeben, um Licht zu haben. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Explosion. Die beiden Männer sowie die drei Kinder des Kraftwagenbesitzers, die um den Wagen herumstanden, glichen im Nu lebenden Fackeln. Nachbarn gelang es schließlich, das Feuer zu löschen. Zwei Kinder starben kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus; der Vater, das dritte Kind und der Nachbar liegen mit schweren Brandwunden darnieder.

Der Bierkrieg.

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

h Berlin, 3. März.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie an ihrer Zusage vom 20. März ab die Biersteuer von 22 auf 15 RM pro Hektoliter zu senken, festhält. Zu Verhandlungen war die Reichsregierung aber nur bei Einstellung des Bierstreiks bereit. Der geschäftsführende Ausschuß des deutschen Gastwirteverbandes hat daraufhin den Gastwirten empfohlen, den Bierstreik bis zur Beendigung der Verhandlungen aussetzen.

Die Verhandlungen finden zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des preußischen Handelsministeriums, der Gastwirte und der Brauindustrie statt.

Der preußische Landtag nahm einen (natürlich wirtschaftsparteilichen) Antrag an, der die preußische Regierung ersucht, sofort mit der Reichsregierung zur schnellen Durchführung der Biersteuersenkung in Verbindung zu treten.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 4. März.

Breslau:

21.00 Ein Hörspiel nach GOETHE'S „GOETZ VON BERLICHINGEN“. (Auch Königswusterhausen.)

München:

20.35 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wie die UdSSR ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit bewahrt.

Sonnabend, den 5. März.

Königsberg:

11.15 Landwirtschaftsfunk: Worauf muß bei der Umstellung eines Landwirtschaftsbetriebes Rücksicht genommen werden?

Langenberg:

16.20 GRETE STOFFEL: Die Frau in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte.

Mühlacker:

18.40 Dr. STAHLCKER: Arbeitsvermittlung.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Vorzüge der Planwirtschaft.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name: Ort:
Straße und Hausnummer:
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder
4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin
S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppes, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt e. V., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer Schatullen Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1.— M.
Etty Gräffe

MAGDEBURG

Elegante und praktische

Herren- und Damenkleidung

nach Maß fertigt sauber und billig an

RUDOLF SCHÖNHEIT

Otto von Guerickestr. 104, II. F. L.
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Anterflogne

eleganter Damen-
garderobe und
Reformkleidung

Fürchtenicht

Göttingen
Nikolaus-Berger-Weg 67

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

DER AUSREISSER

ERZÄHLUNG VON LYDIA SEJFULLINA

92 SEITEN • GANZLEINEN 1,40 RM

Aus den Presseurteilen:

„Der ‚Ausreißer‘ ist weit mehr als die Geschichte eines unbändigen Knaben, den die Gesellschaft in ihre Ordnung einfangen will. GRIGORI PESKOV, das ist die Verkörperung der Revolution, Geist vom Geiste LENINS, dem die Gefahr droht, von Bürokratie und Bonzertum unter die Füße getreten zu werden.“

„ISK“, Nr. 12, 1926.

„Ein frisch geschriebenes Buch, voll guter Kritik am sowjetrussischen Bürokratismus und voll Wissen vom lebendigen Menschen, dem die Zukunft gehören wird. Zwölfmal kaufen, eines der Bücher selbst behalten, die anderen elf verschenken!“

„Sonntagszeitung“ vom 28. Februar 1926.

Jetzt im

VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“, BERLIN S 14

Zollverhandlungen mit Oesterreich.

r Wien, 3. März.

Der Bundeskanzler Dr. BURESCH hat am 16. Februar 1932 an die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Litauens den Appell gerichtet, Oesterreich bei seinen Bemühungen zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gesandte Dr. RIETH hat daraufhin dem Bundeskanzler am Donnerstag im Auftrage der Reichsregierung eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß die deutsche Regierung die Erklärung von BURESCH begrüßt und ihre Hilfsbereitschaft zusichert. „Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundesrates und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit begründen, Oesterreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr, unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung, zu machen, so ist Deutschland dazu bereit. Die deutsche Regierung ist zur Aufnahme alsbaldiger Verhandlungen über die Art und den Umfang solcher Zugeständnisse bereit.“

Aus einer Auslassung des Pariser „Temps“ geht hervor, daß TARDIEU gleichzeitig auch im Namen Englands und Italiens bei seinem letzten Aufenthalt in Genf den Vertretern von Oesterreich, Ungarn und der Kleinen Entente den Abschluß einer Zollunion auf dem Wege von Vorzugsabkommen empfohlen hat.

t Budapest, 3. März.

Zu dem Plan TARDIEUS über einen Zusammenschluß der Donaustaaten auf der Grundlage eines Vorzugszollsystems äußert sich am Donnerstag der Abg. Dr. GUSTAV GRATZ. Er erklärt, daß es sich um den gleichen Plan handle, den Dr. BENEŠ schon seit längerer Zeit betreibt. Die französisch-tschechische Aktion erscheine für Ungarn vorteilhaft. Ungarn werde natürlich einem wirtschaftlichen Zusammenschluß zuliebe keinerlei politische Ziele preisgeben.

Der gewesene Staatssekretär HANTOS sagte, daß die Durchführung der Idee TARDIEUS für Ungarn durchaus vorteilhaft wäre, weil Ungarn seine Märkte zurückhalte, ohne sich mit den gegenwärtigen Grenzen abfinden zu müssen.

v Berlin, 3. März.

Wie verlautet hat TARDIEU weder mit dem deutschen Gesandten in Paris, VON HOESCH, noch mit dem deutschen Vertreter in Genf, NADOLNY, über den Plan eines wirtschaftlichen Donaubundes zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei gesprochen, obwohl er in Genf den englischen und den italienischen Außenminister darüber verständigigt hat.

i Genf, 3. März.

Wie es heißt, ist bereits seit einigen Monaten der österreichischen Regierung von französischer Seite wiederholt mitgeteilt worden, eine finanzielle Hilfe Frankreichs könne für Oesterreich nur in Frage kommen, wenn in absehbarer Zeit eine engere wirtschaftliche Verständigung zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustande gekommen sei. Gleichlautende Erklärungen sollen von französischer Seite der ungarischen Regierung gegeben worden sein. Die französischen Wünsche gehen dahin, zunächst zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei Vereinbarungen auf der Grundlage von Vorzugszöllen herzustellen, die den ersten Schritt für einen weiteren wirtschaftlichen Zusammenschluß dieses Blockes mit den übrigen Mächten der Kleinen Entente und mit Polen bilden soll.

Aus dem Lande der „kurzen“ Arbeitszeit.

(IGB.) Laut Angaben des Statistischen Büros der Vereinigten Staaten war die durchschnittliche Arbeitswoche in Gießereien und Maschinenwerkstätten im Jahre 1931 kürzer als in allen anderen Jahren, für die statistische Angaben vorliegen: sie betrug 50,3 Stunden in Gießereien und 49,8 Stunden in Maschinenwerkstätten. Die längste Arbeitswoche Vollbeschäftigter wurde im Jahre 1923 mit durchschnittlich 52,4 Stunden in Gießereien und 50,8 Stunden in Maschinenwerkstätten verzeichnet. Die Stundenlohn-Sätze betragen in Gießereien im Jahre 1931 60 Cent und waren niedriger als in jedem anderen Jahre seit 1923 (55,8), in Maschinenwerkstätten erreichten sie 63,3 Cent und waren höher als in jedem anderen Jahre (mit Ausnahme des Jahres 1929, wo sie 68,8 Cent betragen).

Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Verlag A.-G., Berlin.)

(Schluß.)

Sein Gesicht wacht auf. So schreckhaft und voller Grauen, daß die Marjanka — sich bekreuzigend — zurückfährt:

„Susmarjandjosef! Er hat's im Kopf!“

Und sie rennt, während er wie betrunken hin und her taumelt und dann schwer niederbricht, kreischend davon.

Als sie nach einer guten Weile mit einem ganzen Haufen anderer zurückkommt, ist von Pulkrábek nichts mehr zu sehen. Nur die schmierige Ledermütze liegt da und ein verknüllter Papierfetzen, — der heruntergerissene gelbe Zettel.

VI.

Eine Weile später rennt die alte Marjanka oben in der letzten Hütte des Oberdorfs die Tür ein.

Durch den Lärm wird Pulkrábek, der sich gerade über seine tote Frau beugt, aufgeschreckt. Er fährt jäh herum. In der Hand hält er eine Schnur.

Angesichts der Schnur beginnt die Alte zu plärren:

Herrjesus, gobenedeiter, — er tut sich was . . . !“

Pulkrábek starrt sie verdutzt an. Dann begreift er.

„Was schreiest? Glaubst wohl, ich will mich aufknüpfen!“

Er stößt ein heiseres Lachen hervor.

„Unsinn! Der Strick ist für die Hosen!“

Er deutet auf den Boden, wo die Stücke eines zerrissenen Hosenstrümpfers liegen.

Der Alte hat sein Lachen die Sprache verschlagen. Sie steht mit wackelndem Kinn da und glotzt. Versteht nichts von dem, was hier vorgeht.

Pulkrábek hat die Schlinge zu Ende geknüpft und bindet sich die Schnur um.

„So —! Jetzt halten sie wieder!“

Wirtschaftsmoral und innere Mission.

Von Hans Lehmann.

Kurze Zeit nach dem Zusammenbruch der Devaheim-Bausparkasse, die bekanntlich der evangelischen Kirche nahestand, brach im vergangenen Jahr auch die Evangelische Zentralbank, die Bank der inneren Mission, zusammen.

In diesen Tagen wurde nun der Prozeß gegen die beiden Brüder PAUL und ADOLF RUNCK, die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Evangelischen Zentralbank, durchgeführt. Die Anklage lautete auf fortgesetzten und gemeinschaftlichen Betrug, Depotunterschlagung und Bilanzverschleierung.

Der Prozeß verdient besonderes Interesse, weil er die engen Zusammenhänge zwischen behördlichen Stellen und der inneren Mission aufdeckt. Außerdem zeigt er sehr deutlich, wie offenbar auch die christliche Wirtschaftsmoral nicht vor Betrug und ähnlichen Wirtschaftsverbrechen schützt.

Die innere Mission hat gegenüber verschiedenen Banken eine Bürgschaft in Höhe von 5 Millionen Mark übernommen, die diese Banken der Devaheim-Bausparkasse geliehen hatten. Als die Devaheim zusammenbrach, und die Banken ihr Geld von dem Bürgen, dem Zentralausschuß für innere Mission, zurückverlangten, zeigte sich sehr bald, daß die innere Mission offenbar für den Betrag ihrer Bürgschaft überhaupt nicht gut war. Auch sie geriet nämlich in Schwierigkeiten.

Wenn ein Kaufmann eine Bürgschaft übernimmt, die weit über seine Kräfte geht, so wird man unter Umständen strafrechtlich gegen ihn vorgehen. Die innere Mission aber wurde nicht nur vor diesen Folgen ihrer Leichtfertigkeit, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, geschützt, sondern die guten Beziehungen zwischen der Kirche und dem heutigen Staat führten sogar dazu, daß dieser sich bereit fand, der inneren Mission zu helfen. Zu diesem Zweck fanden im Oktober 1931 Besprechungen zwischen Vertretern der inneren Mission, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsbank statt. Wenn man sich zunächst fragen könnte, ob die Hilfeleistung nicht irgend welche wirtschaftlichen Gründe gehabt haben mag, so wurde man allerdings durch die im Prozeß vernommenen bürgerlichen Vertreter eines anderen belehrt. Nicht etwa der Evangelischen Zentralbank oder der Devaheim

und damit ihren vielen kleinen Bausparern habe man helfen wollen, so meinten diese Herren, sondern der einzige Sinn des ganzen Sanierungsprogramms sei lediglich gewesen, dem Zentralausschuß für innere Mission zu helfen. Wir sehen also auch hier wieder Staat und Kirche im trauten Verein, auf Kosten der Steuerzahler, auch der Freidenker.

Wenn sich nicht Herr ADOLF RUNCK gedacht hätte, daß er und seine Bank bei diesem Geschäft auch etwas verdienen könnten, hätte die Öffentlichkeit vielleicht gar nicht erfahren, wofür die Groschen der Steuerzahler wieder einmal verwandt wurden. Herr RUNCK aber, der als Vertrauensmann der inneren Mission die Verhandlungen mit den Behörden führte, prellte diese um den netten Betrag von rund einer Million. Das Geld, das er für die innere Mission erhielt, benutzte er, um damit unterschlagene Depots seiner Bank, die ebenfalls in Schwierigkeiten war, wieder anzuschaffen.

Wie weit die Brüder RUNCK in ihren Maßnahmen von kirchlichen Vertretern bewußt oder unbewußt unterstützt wurden, ist nicht völlig klar. Fest steht nur, daß die Zeugen, Pfarrer BEUTEL und Wehrkreispfarrer IRMER, wegen des Verdachts der Teilnahme nicht verurteilt wurden.

Wir wissen nicht, was die vorgesetzte kirchliche Behörde gegenüber diesen Herren unternimmt, um den Verdacht der Teilnahme an Vergehen aufzuheben, für die die Gebrüder RUNCK zusammen mehr als vier Jahre Gefängnis erhielten.

Auf jeden Fall darf man wohl nach diesem Prozeß behaupten, daß selbst christliche Moral und innere Mission nicht vor dem Zustand der Zerrüttung der Moral schützt, gegen den sich der Staatsanwalt mit seinem Antrag auf Zuchthausstrafe wandte.

Revision im Favag-Prozeß.

1 Frankfurt/Main, 3. März.

In der Favag-Angelegenheit haben die Angeklagten LINDNER, SCHUMACHER, MÄDJE und KIRSCHBAUM Revision eingelegt.

Katholische Lehrer an evangelischen Schulen.

h Berlin, 3. März.

In einer im preußischen Landtag eingebrachten kleinen Anfrage hatten die Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes erklärt, daß entgegen den Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes eine ganze Reihe von Lehrern an evangelischen Schulen mit katholischen Lehrern besetzt worden sei. In Berlin sollen noch heute 19 katholische Lehrer an evangelischen Schulen beschäftigt sein. Ähnliche Nachrichten kämen aus der Provinz.

In seiner Antwort erklärt der preußische Kultusminister, daß ihm die vorgetragenen Tatsachen nicht bekannt gewesen seien, und daß er die Beschäftigung katholischer Lehrer an gesetzmäßig evangelischen Schulen nicht billige. Eine allgemeine Anordnung, daß die Unterbringung katholischer Lehrer an evangelischen Volksschulen unstatthaft ist, erscheine angesichts der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nicht erforderlich. Die städtische Schulverwaltung in Berlin habe auf Anordnung des Provinzialschulkollegiums die Zurückversetzung der katholischen Volksschullehrer an katholische Schulen durchgeführt.

Giftgasexperimente. Worte und Taten.

E. M. London, 3. März.

Der „Daily Herald“ vom 1. März berichtet, daß in Porton (England) jede Woche 2000 Pfund Sterling (ca. 30 000 RM) ausgegeben werden, um geheime Giftgasexperimente durchzuführen. Sicher wird es in Deutschland und anderen Ländern ähnliches geben. So werden überall Kriege vorbereitet, über deren Beseitigung in endlosen Reden und Debatten verhandelt wird. Dazu kommt, daß gerade das Giftgas ausnahmslos von allen Völkern auf die Liste der verbotenen Kriegsmittel gesetzt worden ist. Wie wenig die Interessenten

bisher mit einem solchen Verbot ernsthaft rechnen, geht aus den fortwährenden Versuchen der Fachleute hervor.

Übrigens sind die Experimente mit Giftgas eine scheußliche Quälerei für Tiere aller Art, die man künstlich vergiftet, um zu sehen, wie man möglichst rationell lebende Wesen umbringen kann.

Diese Versuche sind in der Zeitschrift „ISK“ ausführlich beschrieben worden.

Zittauer Stadttheater niedergebrannt

me Zittau, 4. März.

Am Freitag früh gegen 2.30 Uhr brach im Zittauer Stadttheater ein Brand aus, der sich rasch ausbreitete. Das Stadttheater brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Wedding: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstraße 12. Thema: Wie überwinden wir die Gefahr des Faschismus?

Braunschweig: Dienstag, den 8. März, 20.15 Uhr. „Handelsloft“. Lessingplatz 5. Thema: Wen wählen wir als Reichspräsidenten?

Hamburg: Sonnabend, den 5. März, um 20.15 Uhr. Mühlenweg 41. Thema: Die Lage in China und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Redner: Genossin Chiyin Chen (Schanghai).

München: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Er zupft die Hosen zurecht und greift dann nach dem Rock, der über einer Stuhllehne hängt. Langsam und umständlich beginnt er ihn abzustauben.

„Muß hinunter ins Dorf und den Leuten erklären, wie eigentlich alles gewesen ist! Weißt? Sonst glauben die am Ende, der alte Pulkrábek ist ein Lump und hat sie verkauft . . .!“

Er unterbricht seine Arbeit, um die verbrauchte Pfeife hervorzuholen und in Brand zu stecken.

Paffend:

„Und dawoil . . . wenn er wirklich so einer wär, was seine Genossen verkauft . . . er hätte sich schon . . .“

Die Hand fährt an die Kehle und macht die Gebärde des Sich-Aufhängens.

„Aber er ist gar kein Lump! Das ist's ja eben! Grad vorhin, wie du herin bist, hab ich das der Milada erklärt!“

Marjanka bekreuzigt sich. („Um Gottes willen, er ist verrückt! Man müßte . . .“) Aber der Schreck ist ihr so in die Glieder gefahren, daß sie sich nicht von der Stelle rühren kann.

So hört sie denn zu, wie Pulkrábek — mehr zu sich selbst, als zu ihr — weiterspricht:

„Milada, hab ich gesagt, Milada, da wär' wieder Geld für die Medizin . . . aber jetzt brauchst du sie ja nicht mehr! — Schöne Geschichte das, Milada, was?! Verdamm! Dich hab ich verkommen lassen und die andern obendrein noch verkauft! Schöne Geschichte, pfui Teufel! Bleibt einem wirklich nichts anderes übrig, als . . .“

Er macht wieder die Gebärde des Sich-Aufhängens und Marjanka muß sich ein zweites Mal bekreuzigen.

Schweigend.

Dann redet er weiter:

„Hm . . . ja . . . ! Nur . . . nur, wie ist das eigentlich, Milada?! Bin ich wirklich schuld daran, daß es so gekommen ist, oder hab ich dich nur verkommen lassen, weil ich immer gedacht hab: du wartest halt noch einen Tag, vielleicht kommt doch noch von irgendwo Hilfe und du brauchst die andern nicht einzutunken . . . ! Sag', ist's nicht

so gewesen?! . . . Na siehst du! Und das Handgeld wieder, das bin ich mir erst holen gegangen, wie's eben nicht mehr anders ging . . . ! Ja! Und weil ich immer gedacht hab: die Milada, nein, die darf nicht krepieren! Für die mußt du das Geld beschaffen! — Nu?! Was sagst du jetzt, Milada?! Begreifst die ganze Sache nicht, was?“

Er steht Marjanka bei diesen Worten an. Die nicht zähneklappernd Zustimmung. Aber da schaut er schon wieder auf den Rock hinunter, den seine Hände noch immer abstauben.

„Freilich . . . freilich . . . ! Ist ja auch nicht leicht zu begreifen, so was! Da ist man sein Leben lang ein anständiger Kerl gewesen, hat immer gewußt: das hier ist richtig und das dort ist eine Lumperei, und jetzt auf einmal . . .“

In diesem Augenblick schüttelt Marjanka endlich die Starre ab, die sie bisher an die Schwelle genagelt hat, und nimmt Reißaus. Knallend fällt hinter ihr die Tür ins Schloß. Pulkrábek fährt zusammen, blickt verdutzt um sich: auf die Tür, aufs Bett, auf den Rock in seinen Händen. Dann besinnt er sich. Ueber seine Lippen glockt ein Lächeln, und während er den Rock langsam anzieht, wendet er sich ein letztes Mal zu der Toten:

„Also schau dir deinen Pulkrábek an, Milada! Redet er da wer weiß wie lange in dich hinein, wo du's doch gar nicht mehr hörst, — und mußt doch hinunter ins Dorf und den Leuten erklären, wie das eigentlich ist mit seiner Lumperei: daß unsereins nur darum ein Lump wird, weil ihm die paar Sechser fehlen für die Medizin . . . und daß ihm die Sechser nur darum fehlen, weil der alte Kotroch seine Ziegelei gesperrt und überhaupt . . .!“

Und überhaupt:

Weil die Welt nicht zu brauchen ist, so wie sie ist!

Weil sie erst noch umgebaut werden muß!

Solid und sauber!

So, wie sich's gehört!

. . . Und von Grund auf, versteht sich!

Wachsende Macht der Schwerindustrie.

Zum Streit um die Neuregelung des Avi-Abkommens.

Zur Einleitung: Ein Warnungssignal.

Aus dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung geht hervor, wie weit die Krise in der deutschen Schwerindustrie schon fortgeschritten ist. Der Eisenverbrauch in Deutschland ist seit 1927 um 85 bis 90 Proz. zurückgegangen! Die Neueinstellung von Maschinen in der deutschen Wirtschaft (gemessen am Auftragseingang der Maschinenindustrie) ging seit 1927 um 83 Prozent zurück. Nach Ansicht des Instituts reicht dies nicht hin, um die durch Verschleiß oder Zerstörung ausgeschalteten industriellen Anlagen in dem Umfange zu ersetzen, wie es zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsapparates erforderlich wäre.

Wir meinen, daß es nur in der Ordnung ist, wenn der aufgeblähte deutsche Produktionsapparat nicht in vollem Umfange aufrechterhalten, wenn also nicht aller Verschleiß ersetzt wird.

Aber, wie dem auch sei: die Lage ist jedenfalls so, daß die eisenverarbeitende Industrie, wenn weitere Entlassungen und Betriebs-Stilllegungen vermieden werden sollen, ihre Ausfuhr mindestens aufrechterhalten muß. Das ist außerdem wichtig für die Ausgleiche der deutschen Zahlungsbilanz. Die Ausfuhrfähigkeit der eisenverarbeitenden Industrie hängt natürlich entscheidend davon ab, wie teuer sie ihren Hauptrohstoff, das Eisen, bezahlen muß.

Das Avi-Abkommen.

Im Jahre 1925 wurde zwischen der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der eisenverarbeitenden Industrie (Avi) ein Abkommen geschlossen über die sogenannten Avi-Rückvergütungen. Gemäß dieser Vereinbarung sollte die eisenschaffende Industrie der eisenverarbeitenden Industrie auf Eisen, das für Ausfuhrwaren benötigt wird, einen Nachlaß gewähren, der den Unterschied zwischen deutschem Inland- und Weltmarktpreis ausgleicht. Dieses Abkommen ist von großer Wichtigkeit für die deutsche eisenverarbeitende Industrie; denn bei der Ueberhöhung der Eisenpreise in Deutschland ist sie ohne die Rückvergütungen gar nicht in der Lage, mit ausländischen Firmen zu konkurrieren.

Steigender Ausfuhr-Anteil.

Seit etwa einem Jahr behauptet nun die Rohstahl-Gemeinschaft, daß die Grundlagen des Vertrages von 1925 vollständig verändert seien. Als Begründung hierfür führt sie an, daß der Anteil der Ausfuhr an der Gesamteisenproduktion während der Krise erheblich gestiegen ist. Infolgedessen sei die eisenschaffende Industrie nicht mehr in der Lage, die hohen Avi-Rückvergütungen zu bezahlen.

Die nachstehende Tabelle zeigt, welche Verschiebung im Verhältnis von Eisenproduktion und -ausfuhr während der Krise eingetreten ist. (Angaben in 1000 Tonnen.)

Monats-durchschnitt	Eisen- und Stahl-			insgesamt
	erzeugung	ausfuhr	mittelbar	
1927	1555	307	233	580
1931	758	281	237	518
Januar 1932	437	118	175	293

Diese Zahlen zeigen: Im Jahre 1927 wurden fast zwei Drittel der Eisen- und Stahlproduktion im Inlande abgesetzt; nur etwas über ein Drittel wurde zu den niedrigeren Weltmarktpreisen ausgeführt. Weniger als die Hälfte des ausgeführten Eisens war in verarbeiteten Waren enthalten (in unserer Tabelle: mittelbare Ausfuhr); die Avi-Rückvergütungen brauchten nur für 223 000 von 530 000 Tonnen Ausfuhr und 1555 000 Tonnen Produktion gezahlt zu werden (also nur für 14 Prozent der Produktion). Im Jahre 1931 mußten jedoch Rückvergütungen für fast die Hälfte der Ausfuhr gezahlt werden, im Januar 1932 zum ersten Male für mehr als die Hälfte der Ausfuhr und — was wichtiger ist — für 40 Prozent der Produktion. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Finanzlage der eisenzeugenden Industrie ständig schlechter wird, und daß es daher das Nächstliegende für sie ist, einen Teil der Lasten auf die eisenverarbeitende Industrie abzuwälzen, deren Ausfuhr ja auch weit weniger zurückgegangen ist.

Wachsender Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen.

Für seine Forderung, die Rückvergütungen zu senken, nennt der Vorsitzende der Rohstahl-Gemeinschaft noch einen zweiten Grund: „... der Unterschied zwischen den deutschen Inlandspreisen trotz deren starker (!) Heruntersetzung und den Auslandspreisen (hat sich) in einem Maße verschoben, wie dies niemals seit Menschengedenken der Fall gewesen ist und wie es niemand hat voraussehen können.“ Diese Feststellung ist gewiß richtig. Nur sollte man denken, daß der Vorsitzende der Deutschen Rohstahlgemeinschaft der Letzte sei, sich darüber zu beklagen. Es liegt doch in seiner Hand, diesen Unterschied zu verringern, indem er die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angleicht. Damit würde er sogar ein sehr gutes Werk vollbringen!

Die eisenverarbeitende Industrie soll die Zeche zahlen.

Die Rohstahl-Gemeinschaft zog es aber vor, sich auf andere Weise zu helfen. Im März des vergangenen Jahres setzte die eisenschaffende Industrie es durch, daß die Avi-Rückvergütungen den Preisunterschied nicht mehr voll ausgleichten. Im Mai wurden neue Avi-Sätze ausgearbeitet, die sogenannten Maisätze.

Jetzt beklagt sich die Rohstahl-Gemeinschaft, daß sie nach Abzug der Vergütung nur noch einen Grundpreis von 83,20 Mark für eine Tonne Stabeisen erhält. Der reguläre Inlandspreis beträgt 110 Mark, der belgische Preis dagegen nur 54,29 Mark. Die eisenverarbeitende Industrie muß also heute den größten Teil der Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis selber tragen; mit anderen Worten: wie alle anderen Eisenverbraucher in Deutschland, muß auch diese Industrie sich an der künstlichen Aufrechterhaltung der deutschen Schwerindustrie beteiligen. Die eisenverarbeitende Industrie wird hiervon besonders stark betroffen, da Eisen ihr hauptsächlichster Rohstoff ist und sie als Ausfuhrindustrie den Monopoltribut, den sie an die Schwerindustrie leistet, einem Teil ihrer Abnehmer nicht aufschlagen kann. Diese Industrie wird daher, wenn die Preisunterschiede auf die Dauer so beträchtlich bleiben, ihre Ausfuhr einschränken

müssen; oder Betriebe, die an sich lebensfähig waren, werden bankrott gehen infolge von Verlusten an der Ausfuhr.

Die Macht der Konzerne wächst.

Allerdings muß hier eine Unterscheidung gemacht werden: Nicht die gesamte eisenverarbeitende Industrie wird in eine solche Lage versetzt werden. Sehr viele Betriebe sind mit Werken der eisenschaffenden Industrien in Konzernen verbunden. Die Vereinigten Stahlwerke z. B. beherrschen im Bandeisen- und Grobblech-Versand über 50 Prozent der gesamten syndizierten Produktion, im Mittelblech- und Feinblech-Verband etwa 40 Prozent, im Walzdraht-Verband etwa 30 Prozent. Für diese Betriebe der eisenverarbeitenden Industrie ist es natürlich gleichgültig, ob sie eine Rückvergütung erhalten oder nicht: das Geld wird ja doch zumeist nur von einer Tasche in die andere gesteckt. Die Lage verschlechtert sich also nur für die Unternehmungen, die nicht mit eisenschaffenden Betrieben verbunden sind; jene müssen die Verluste tatsächlich tragen, die durch die Verringerung der Rückvergütung entstehen. Wenn sie sich vor diesen Verlusten schützen wollen, müssen sie sich mit einem der großen Konzerne vereinigen.

Der Angriff der Rohstahl-Gemeinschaft auf das Avi-Abkommen läuft also nicht nur darauf hinaus, an der Rückvergütung zu sparen, sondern auch darauf, den großen Konzernen der Schwerindustrie noch mehr Macht zu verschaffen.

Diese Konzerne werden zu immer starrerem Gefügen; ihre Sanierung rückt in immer weitere Ferne. Gerade diese Sanierung ist aber, wie wir im „Funken“ bereits häufig nachgewiesen haben, für die Bereinigung der Wirtschaft und die Ueberwindung der Wirtschaftskrise unbedingt erforderlich.

Weitere Entzündung der „Wunde im Westen“?

Der jetzt wieder um das Avi-Abkommen entbrannte Streit geht darum, ein Schiedsgericht einzuberufen, das eindeutig feststellt, ob das Avi-Abkommen unter den heutigen Verhältnissen überhaupt noch verbindlich ist. Die Meinungen gehen schon darüber auseinander, ob der Schiedsrichter einen verbindlichen Spruch fällen oder nur die Rechtslage klären soll. Die Rohstahl-Gemeinschaft will, falls eine Einigung über das Schiedsgericht nicht zustande kommt, auf dem Klagewege eine Entscheidung über die Rechtsverhältnisse erzwingen.

Von der Entscheidung hängt für die Ueberwindung der Krise sehr viel ab. Ziehen wir in Betracht, daß die Schwerindustrie zu den bevorzugten Kostgängern des Reichs gehört, so ist kaum anzunehmen, daß ein Spruch gefällt werden wird, der für die eisenschaffende Industrie ungünstig ist. Diese wird ihren Gegnern vielleicht so weit entgegenkommen, daß sie sich bereit erklärt, die Maisätze weiter zu zahlen. Dafür wird sie, wohl formell von der Bindung an das Avi-Abkommen entbunden werden und diese Befreiung in der für sie selber günstigsten Weise ausnutzen zur weiteren Entzündung der „Wunde im Westen“.

Hilda Meisel.

Das ist Handelspolitik.

Wir geben gern Kenntnis von zwei Ansätzen zu wirklicher Handelspolitik:

Italien-Deutschland.

Ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag, das in den nächsten Tagen unterzeichnet worden soll, sieht vor: Keine Kündigung des Handelsvertrags vor dem 1. Januar 1933. Italien hat auf den allgemeinen Wertzoll von 15 Prozent nicht verzichtet, den es vor einigen Wochen neu eingeführt hat; doch soll künftig der Handelsvertrag sofort gekündigt werden können, wenn ein Teil Zollerhöhungen vornimmt. Deutschland darf den bisher gegenüber Italien vertraglich gebundenen Zoll für Eier und Zwiebeln erhöhen.

Am wichtigsten scheint die Einsetzung einer gemischten deutsch-italienischen Kommission zu sein, der ausdrücklich die Aufgabe gestellt wird, für den erweiterten Austausch von Industrieprodukten Wege ausfindig zu machen.

Fast fehlt der Glaube, daß solche Kommissionen nicht die Abdrosselung der Handelsbeziehungen vorbereiten, sondern ihre Ausweitung. Denn auch im Fall Frankreich-Deutschland sind, nach den gegenseitigen Ministerbesuchen und großem Aufwand an Reden und Erklärungen über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Kommissionen eingesetzt worden; und ihre Tätigkeit hat sich durchaus nur auf die Abdrosselung des Handels erstreckt. Vielleicht geht es dieses Mal anders.

Polen-Deutschland.

In Warschau sollen noch in dieser Woche Besprechungen über die polnisch-deutsche Handelsbeziehungen beginnen. Es handelt sich, wie ausdrücklich versichert wird, nicht um Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen, sondern nur um Besprechungen darüber, wie — nach Einführung des deutschen „Obertarifs“ — eine Verschärfung des Zollkrieges vermieden werden kann.

Die Handelspolitik ist so verfahren, daß wir das bereits als Fortschritt buchen müssen!

ENGLAND

England zahlt stolz zurück: Auf den erst im August fälligen Regierungskredit zahlt England am 4. März 150 Millionen Dollar zurück. Der amerikanische Kredit vermindert sich dadurch von 40 auf 10 Millionen, der französische von 20 auf 7 Millionen Pfund Sterling; der Rest des französischen Kredits kann nicht vorzeitig zurückgezahlt werden, weil er in Form von Schatzanweisungen beim französischen Publikum untergebracht ist.

Die Bestimmungen, durch die der Handel mit ausländischen Devisen beschränkt wurde, sind vom 2. März abends ab aufgehoben. „Eine angenehme Ueberraschung“, verzeichnet die englische Handelspresse.

Die Zolldektatoren: Drei Männer bilden die Kommission, die Vollmacht hat zur Erhöhung der Zölle über 10 Prozent hinaus, sofern sie das aus handelspolitischen Gründen oder im Interesse einzelner Industrien für zweckmäßig hält. Der Vorsitzende erhält ein Gehalt von 5000 Pfund, die beiden anderen Mitglieder erhalten je 3000 Pfund jährlich (zusammen 165 000 Mark), damit ihre wirtschaftspolitische Unabhängigkeit (!) gesichert ist. — Welchen moralischen Tiefstand läßt diese Begründung erkennen!

Fabriken wandern ein: Auch Österreichische Betriebe machen sich auf die Wanderschaft. Eine Firma Lustenau (Vorarlberg) hat ihre 60 Klöppelmaschinen nach England verfrachtet, wo sie wieder aufmontiert und in Betrieb gesetzt werden sollen.

DÄNEMARK

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen beträgt jetzt 149 200 (Vorwoche: 147 700). 34 400 davon sind nicht in der Erwerbslosenversicherung.

In der Textilindustrie ist die Produktionsfähigkeit zu 30 bis 82 Prozent ausgenutzt; besonders gut ist der Geschäftsgang in der Baumwollindustrie, die so reichlich mit Aufträgen versehen ist, daß sie ihre Produktionsfähigkeit voll ausnutzen kann.

Im Herbst soll eine große englische Industrie-Ausstellung in Kopenhagen stattfinden. Die Engländer verfolgen mit dieser Ausstellung ähnliche Absichten wie 1931 mit der Ausstellung in Buenos Aires: ihre Lieferanten als Kunden zu werben. Vor der Ausstellung in Buenos Aires haben die Argentinier von den Engländern nur wenig gekauft, ihnen aber sehr viel verkauft; die Ausstellung habe in der Richtung eines Ausgleichs gewirkt, — so sagt der Direktor der „Federation of British Industries“, der jene Ausstellung organisiert hat und auch die geplante Ausstellung in Dänemark organisieren wird.

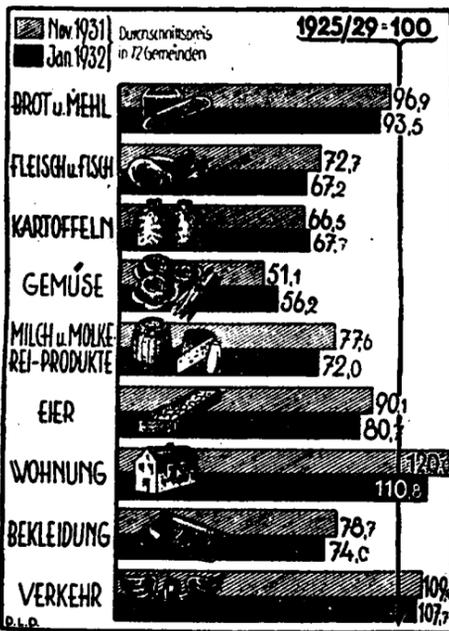
In England untersucht man in Freihandelskreisen die Möglichkeit eines Handelsbündnisses zwischen England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und der Schweiz. Eine nichtamtliche Tagung mit Vertretern dieser Länder ist geplant. — Der dänische Außenminister äußerte Ende Februar in einem Vortrag im Kopenhagener Nationalökonomischen Verein, es würde kein Vorteil für Dänemark sein, in engere Wirtschaftskreise hineingezogen zu werden, die nicht diejenigen Teile von Mitteleuropa umfassen, mit denen Dänemark in näherer Handelsverbindung steht (gemeint ist wohl: Deutschland).

das Reich werde zwar den großen Banken helfen, die kleinen aber ruhig Bankrott machen lassen.

Das Reich fühlt sich gedrängt, eine amtliche Erklärung dazu abzugeben, daß es der Bank nicht hilft. Diese Erklärung beginnt ehrlicher Weise mit den Worten: „Es handelt sich um ein kleines Institut.“ Das Reich läßt erklären: Wenn ein Wiederaufbau der Bank sich hätte ermöglichen lassen, wäre es zu einem Eingreifen bereit gewesen; während bei den Großbanken im schlimmsten Fall ein mäßiger Prozentsatz zur Deckung der Einlagen gefehlt hätte, sei bei der Handelsbank die Lage wesentlich schlechter.

Die Lage für diese und andere kleine Banken ist, kurz gesagt, diese: Man weiß nunmehr genau, daß das Reich nur den Großbanken hilft. Viele Einleger kündigen daher ihre Guthaben bei den kleinen Banken. Wenn die kleinen Banken diesen Abzug nicht aushalten, erklärt das Reich — das diesen Abzug durch seine Politik verschuldet hat! —: Euch kann ich nicht helfen; denn Euro Lage ist zu schlecht.

Lebenshaltungskosten.



Indexziffern täuschen leicht über die wirklichen Verhältnisse. Darum geben wir heute in einem Schaubild die Veränderungen einzelner Preise wieder. Wir können aus dem Bild ablesen, wie sich die Preise vom November 1931 bis zum Januar 1932 verändert haben und können diese Preise vergleichen mit dem Preisdurchschnitt von 1925/29.

Wir sehen: Wohnung und Verkehrsmittel sind immer noch teurer als im Durchschnitt der Jahre 1925/29 (dabei sind Neubauwohnungen noch nicht einmal bei der Mietenfeststellung berücksichtigt worden!). Brot und Mehl sind nur wenig billiger; wir wissen, warum. Wesentlich billiger sind Gemüse und Kartoffeln, beide sichtlich nicht dank der Wirkung des Preiskommissars; denn während dessen Wirksamkeit sind die Preise für Gemüse und Kartoffeln vielmehr der Saison entsprechend gestiegen.

Handelsbank AG. Berlin erhält keine Reichshilfe.

Am 3. März hat die Handelsbank AG. (Berlin), eine Bank mit 2,8 Millionen Mark Stammkapital, die vor allem Lebensmittelgeschäfte finanzierte, ihre Zahlungen eingestellt. Seit dem 13. Juli ist die Hälfte der Einlagen (damals 19 Millionen Mark) abgehoben worden; das hat die Bank, die im Vorjahr noch 10 Prozent Dividende ausschüttete, nicht ausgehalten. Der Abstrom der Einlagen ist sicherlich zum Teil darauf zurückzuführen, daß man in der Öffentlichkeit bereits ahnte,

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5900. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 56 A

BERLIN • Sonntag, den 6. März 1932

1 JAHRGANG

Geschichtliche Entscheidung

Von Gustav Heckmann.

Die Rede des Prälaten Kaas.

Prälat KAAS, der Führer der Zentrumsparlei, hat vor einigen Tagen auf einer Vertreter-Versammlung der Berliner Zentrumsparlei eine programmatische Rede gehalten, deren wichtigste Stellen wir zunächst wiedergeben.

Trennungsstrich gegenüber den NS.

... gewisse Sportpalastgrößen des eventuellen „Dritten Reiches“. Wie würde die Begegnung solcher Führer mit den harten Realitäten des außenpolitischen Geschehens sich gestalten? Was würde bei dieser Begegnung aus Deutschland werden, was aus den Massen derjenigen, die in dem Illusionsrausch solcher Anschauungen verlernt haben, die Wirklichkeit nüchtern zu sehen. Es kann einem nur angst und bange werden.

Wir Zentrumsleute haben keinerlei Harzburger Inklinationen. Wir haben Zeit zu warten, bis sich zeigt, daß der Weg dieser Leute nicht aufwärts, sondern abwärts führt. Wir haben keine Lust, diesen politischen Ikarusflug mitzumachen!

Wir stehen in einer ernsten Stunde. Ich sage Ihnen ganz offen, daß ich in der ganzen Nachkriegsentwicklung niemals eine Phase mitgemacht habe, die mir so entscheidungsvoll schien wie die heutige. Es geht um alles; es geht um alles, das, was wir in mühseliger Arbeit in den letzten zwölf Jahren geschaffen haben.

Aber es ist Zeit, daß dieser Volksstaat sich aufreckt, daß er von seiner Macht Gebrauch macht. Es ist Zeit, daß alle verantwortlichen Stellen nicht nur dann eingreifen, wenn die Flammen schon aus dem Dache schlagen, sondern daß sie den Kleinen und den Großen Brandstiftern schon dann auf die Finger schlagen, wenn sie das Brandmaterial zusammentragen.

Einschränkung der Pressefreiheit.

gegen den zu phantastischen Formen ausgearteten literarischen Bruderkampf. Morgen oder übermorgen schon können wir den blutigen Bürgerkrieg haben, wenn wir nicht kraftvoll und endgültig Schluß machen — und zwar mit allen Mitteln der Staatsgewalt — mit der Vorbereitung dieses Bürgerkrieges durch den intellektuellen Bruderkampf.

Reform der Weimarer Demokratie.

Offt und oft hätten wir gewünscht, daß man in den Reihen der Behäer des Volksstaates offener Augen gehobt hätte gegenüber den Fehlern dieser Verfassung und einen größeren Mut, diese Fehler vorurteilslos und organisch zu beseitigen oder zu verbessern. Mehr als einmal haben wir in Weimar schon gebremst, und mehr als einmal haben wir nach Weimar den ersten Wunsch nach Korrekturen ausgesprochen. Wenn man weiter nichts braucht zur Illustrierung dessen, was diese Form der Weimarer Demokratie uns gebracht hat, dann würde es genügen, auf die Vertreter hinzuweisen, die heute die Kritiker von Weimar in das Parlament entsenden. Eine Demokratie, die an diesen „legalen“ Vertretern nicht stirbt, die wird allerdings unsterblich sein.

Politische Beeinflussung der Jugend.

(Zu GROENERS Aufforderung an die Parteiführer, die parteipolitische Beeinflussung der Jugend zu unterlassen.) Ich weigere mich, unsere Zentrumsjugend, die an den Morden und Gewalttaten nie beteiligt war, geistig abzurufen, solange die Gegenseite nicht die Knüttel und Schlagringe und die Revolver endgültig ad acta gelegt hat. Will die Staatsgewalt vorgehen — und sie muß vorgehen, wenn sie überhaupt Staatsgewalt sein will — dann soll sie gegen jene vorgehen, die den Knüttel, Schlagring- und Revolverkomment in die politische Auseinandersetzung hineingetragen haben, aber nicht gegen jene, die sich bisher ehrlich und vorbehaltlos auf der Linie des rein geistigen Kampfes gehalten haben.

Umfassender Block der Mitte?

Man muß einmal den Mut haben, in dieser Ausnahmezeit über die Parteischranken hinaus zu Ausnahmeentschlüssen zu kommen. Bei einer anderen Gelegenheit habe ich öffentlich ausgesprochen, daß ich im vaterländischen Interesse jederzeit bereit wäre, die gesamte Zentrumsparlei in eine andere, umfassendere politische Gruppierung hindüberzuführen, sie zu opfern, um ein Neues, ein Besseres entstehen zu lassen, unter der Voraussetzung allerdings, daß dieses Neue tatsächlich des Opfers wert sei. Ich habe keine Veranlassung, von diesen Worten auch nur einen Buchstaben rückgängig zu machen. Aber für das „Dritte Reich“ gilt diese Offerte nicht.

Der Krieg geht weiter.

Keine Einstellung der Feindseligkeiten — Völkerbundsversuche. Um die Mandschurei.

Die Ruhe bei Schanghai hat nicht lange angehalten. Bald nach der angeblichen Einstellung der Feindseligkeiten ist es zu neuen, anscheinend sehr heftigen Kämpfen gekommen. Von japanischer Seite wird erklärt, daß auf Grund chinesischer Angriffe einige unerhebliche Vorpostengefechte stattgefunden hätten. Das chinesische Hauptquartier meldet dagegen, daß weitgehende japanische Militäroperationen in Gang seien; die Japaner versuchten, durch neugelandete Truppen verstärkt, die linke Flanke der Chinesen zu umgehen und dadurch die chinesische Verteidigungslinie zu zerstören.

Aus London wird gemeldet, daß am Freitag weiter japanische Truppen aus Japan im Gebiet von Schanghai eingetroffen seien.

In China herrscht begreiflicher Weise große Erregung. Die Kriegsbereitschaft wächst. In einer Sitzung des Vollzugsausschusses der Kuomintang kam es zu stürmischen Protesten gegen den chinesischen Rückzug. Viele Mitglieder traten für eine Wiederaufnahme des Widerstandes ein und wiesen auf die Landung frischer japanischer Truppen hin.

Aus Nanking wird gemeldet, daß in Tschapei rund 5000 Häuser eingäschert und etwa 8000 Zivilpersonen getötet worden sind. Die Leichen liegen noch auf den Straßen. Der chinesische Bürgermeister hat sich an das japanische Oberkommando gewandt mit der Bitte, für die Beseitigung der Leichen Sorge zu tragen.

Der von der Vollversammlung des Völkerbundes eingesetzte Ausschuss konzentriert seine Arbeit zunächst auf die Frage, wie eine wirkliche Einstellung der Feindseligkeiten erreicht werden kann.

In der Abendsitzung des Ausschusses legte der Präsident HYMANS dem Ausschuss eine Entschließung vor, in der die japanische und chinesische Regierung aufgefordert werden, unverzüglich Maßnahmen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu ergreifen; die an dem internationalen Konzessionsgebiet in Schanghai interessierten Mächte sollen dem Völkerbund über die Durchführung solcher Maßnahmen Bericht erstatten; die japanische und die chinesische Regierung sollen zusammen mit diesen Mächten ein Abkommen über die endgültige Einstellung der Kämpfe und die Zurückziehung der japanischen Truppen beraten.

Der Vorschlag, diese Entschließung anzunehmen, stieß auf hartnäckigen Widerstand des japanischen Vertreters SATO. Er verlangte, das in dem endgültigen Abkommen Bestimmungen

AUS DEM INHALT:

- Indien.
- Deutsch-polnische Beziehungen.
- Arbeitslosigkeit und Siedlung.
- Bauern unter dem Faschismus.
- Krieg und Frieden.
- Schulstreik.
- Zur kirchlichen Schulaufsicht.
- Was kostet die Präsidentenwahl?

über die zukünftige Lage der chinesischen Truppen und Bedingungen für die Zurückziehung der japanischen Truppen festgelegt werden sollten.

HYMANS lehnte diesen Zusatzantrag ab. SATO drohte, die Entschließung zu Fall zu bringen, wenn man ihm nicht nachgibt. Darauf verlegenes und hilfloses Schweigen in der Versammlung; der Ausschuss hielt daran fest, daß Völkerbundsentschlösungen grundsätzlich einstimmig angenommen werden sollen, und fand daher keinen Weg, SATO entgegenzutreten. HYMANS erklärte empört, es gehe über seine Machbefugnisse, weiter vorzugehen; aber eine derartige Versammlung von über 50 Regierungen müsse doch Stellung nehmen können! Ein weiteres Schweigen sei unmöglich! Es war aber doch möglich. Endlich, nach langem Schweigen, ermannte sich der Schweizer Bundesrat MOTTA und erinnerte daran, daß nach Artikel 15 der Völkerbundsatzung die Abstimmung über eine Entschließung ohne die Beteiligung der beiden sich im Streit befindenden Mächte stattfinden könne. Man brauchte also Japans Zustimmung gar nicht. Die Versammelten atmeten auf. SATO, der merkte, daß die Stimmung gegen ihn war, erklärte sich unter Vorbehalt bereit, die Entschließung anzunehmen. Sie wurde einstimmig angenommen.

Gehaltskürzung abgelehnt.

f Kattowitz, 4. März.

Die Angestelltengewerkschaften haben den am 2. März gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Gehälter in der ostoberschlesischen Schwerindustrie um 10 Prozent vorsieht, abgelehnt.

s Kattowitz, 5. März.

Nach den neuesten Meldungen beabsichtigt der Demobilisierungskommissar, der Stilllegung von Betrieben zuzustimmen, durch die im März etwa 14000 Bergarbeiter entlassen werden würden.

Der mongolische Wenzel.

Das „Berliner Tageblatt“ weist zu rechter Zeit auf einige Stellen des HITLER-Schmarrens hin:

„Ich wollte nicht Beamter werden.“

Weder Zureden noch „ernste“ Vorstellungen vermochten an diesem Widerstand etwas zu ändern. Ich wollte nicht Beamter werden, nein und nochmals nein. Alle Versuche, mir durch Schilderungen aus des Vaters eigenem Leben Liebe oder Lust zu diesem Berufe erwecken zu wollen, schlugen in

das Gegenteil um. Mir wurde gähnend übel bei dem Gedanken, als unfreier Mann einst in einem Büro sitzen zu dürfen; nicht Herr sein zu können der eigenen Zeit, sondern in auszufüllende Formulare den Inhalt eines ganzen Lebens zwängen zu müssen.

—Es genigte mein eigener fester Entschluß, später einmal nicht Beamter zu werden, um mich innerlich vollständig zu beruhigen. Diesen Beschluß besaß ich aber unabänderlich.“ (ADOLF HITLER, „Mein Kampf“, Seite 6/7.)

„Der ganze Vorgang der Erwerbung des Staatsbürgertums vollzieht sich nicht viel anders als der Aufnahme zum Beispiel in einem Automobilklub. Der Mann macht seine Eingaben, diese werden geprüft und begutachtet, und eines Tages wird ihm dann auf einem Handzettel zur Kenntnis gebracht, daß er Staatsbürger geworden sei, obwohl man dies noch in eine witzig-ulkige Form kleidet. Man teilt dem in Frage kommenden, bisherigen Zulukaffer nämlich mit: „Sie sind hiermit Deutscher geworden!“

Dieses Zauberstück bringt ein Staatspräsident fertig. Was kein Himmel schaffen könnte, das verwandelt sich ein beamteter Theophrastus Paracelsus im Handumdrehen. Ein einfacher Federwisch, und aus einem mongolischen Wenzel ist plötzlich ein richtiger „Deutscher“ geworden.“ (ADOLF HITLER, „Mein Kampf“, Seite 489.)

Soweit KAAS. Was macht die gegenwärtige Phase der politischen Entwicklung für das Zentrum zu der entscheidungsvollsten der Nachkriegszeit? Was kann ihr diese Bedeutung verleihen?

Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir uns an dem unverrückbaren Leitstern katholischer Politik orientieren: dem Ziel, die Menschheit unter die geistige Leitung Roms zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir KAAS' deutliche Absage an die NS zu verstehen suchen.

Zunächst: es handelt sich wirklich um eine deutliche Absage. In dieser Rede tritt nicht, wie in der BRÜNNINGS' neulich im Reichstag, das internationale Ziel des Zentrums hinter nationalistische Stimmungen zurück. Auch an den (hier nicht wiedergegebenen) Stellen, an denen KAAS über den „Staatsmann“ HINDENBURG spricht, gewinnt man nicht diesen Eindruck. Wenn das Zentrum jetzt HINDENBURG in den Vordergrund schiebt, so ordnet sich dieser Schritt durchaus einer Taktik an, die in überlegener Weise das internationale Ziel verfolgt.

Auch das bei oberflächlicher Betrachtung zunächst befremdende Fehlen eines Wortes gegen GROENERS NS-freundlichen Reichswehrerlaß schwächt die Absage an die NS nicht ab: daß KAAS über diesen Punkt schwieg, läßt sich verstehen als eine Rücksicht auf BRÜNING. Wie sollte KAAS ihm in der Öffentlichkeit sagen: mit diesem Erlaß habt Ihr eine Dummheit gemacht!

Wenn es sich also um eine Absage an die NS handelt, worin liegt dann im Rahmen der Zentrums-politik ihre von KAAS so betonte geschichtliche Bedeutung? „Es geht um alles das, was wir in mühseliger Arbeit in den letzten zwölf Jahren geschaffen haben.“ Was ist das? KAAS spricht von der „Weimarer Demokratie, dem „Volksstaat“. Wir können aber das Verständnis eines so bedeutenden Gegners nicht gründen allein auf das, was er ausdrücklich sagt.

Vor einigen Jahren pries ein Zentrums-politiker die Weimarer Demokratie, indem er die Erfolge aufzählte, die der Katholizismus in dieser Demokratie mit Hilfe der „Linken“ errungen hat, und ausrief: „Gab uns das die Rechte?“ „Was wir in mühseliger Arbeit geschaffen haben“, kann für KAAS im Grunde nur heißen: die Erfolge für den Katholizismus, errungen mit Hilfe der Weimarer Demokratie.

Wieso aber stehen diese Erfolge jetzt auf dem Spiel, und zwar in einem Maße, wie noch nie seit Kriegsende?

Der Katholizismus kann ernsthaft nur von weltanschaulichen Gegnern bedroht werden. Als solcher ist die SPD dem Zentrum gegenüber nach dem Kriege nie in Erscheinung getreten. Sie fällt also als ernsthafter Gegner aus. Zwei Rivalen treten heute gegen Rom auf: der Kommunismus und der Faschismus. Auch der deutsche Faschismus rivalisiert auf weltanschaulichem Gebiet — trotz aller Kümmerlichkeit der Weltanschauungsetzungen, mit denen HITLER seine ideologische Blöße deckt. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus steht in Deutschland noch nicht auf des Messers Schneide, wie die mit dem Faschismus schon seit vielen Monaten. Weshalb dann jetzt KAAS' Fanfare, den Kampf um die „geschichtliche Entscheidung“ — mit diesen Worten überschreibt die „Germania“ die Rede — aufzunehmen, während man bis vor kurzem von maßgebenden Zentrumsleuten immer noch verbindliche Töne gegenüber den NS hörte? Die verbindlichen Töne sind verständlich, solange das Zentrum den Zeitpunkt für die Auseinandersetzung noch nicht für gekommen hielt. Daß es ihn jetzt für gekommen hält, mag verschiedene Gründe haben. Vielleicht die Einsicht, daß durch bloße Zähmung vielleicht HITLER unschädlich gemacht wird, aber nicht die radikalen Elemente in der Führung und in den Massen der NS, daß also weiteres Zähmen keinen Sinn hat. Möglich auch, daß KAAS die NS-Bewegung als niedergehend und als reif für den vernichtenden Schlag betrachtet. Die weitere Zentrums-politik wird vielleicht darüber Aufschluß geben, welche Gründe hier im Spiel sind. Es ist bei der Elastizität der Zentrums-politik durchaus möglich, daß trotz der einstweiligen Absage des Zentrums einem siegreichen HITLER gegenüber verbindlicher auftritt, daß die geschichtliche Entscheidung vertagt wird.

Auch darüber wird erst die zukünftige Politik Aufschluß geben, welche der von KAAS angedeuteten politischen Linien das Zentrum verfolgen wird. KAAS spricht von einem Umbau der Weimarer Demokratie; wie man aus seinen Ausführungen entnehmen kann: im Sinne der Herstellung einer strafferen Führung durch die Regierung, einer Freiheitsbeschränkung der radikalen Parteien. In dieser Richtung hat ja BRÜNING schon Beträchtliches geleistet. Der nächste Schritt wird ange-

deutet: Unterdrückung des Einflusses der radikalen Parteien auf die Jugend; Sicherung des katholischen Einflusses auf die Jugend.

Daß das Zentrum diese straffer geführte „Demokratie“ leiten soll, darüber wird bei KAAS kein Zweifel bestehen. Bemerkenswert und neu ist, was KAAS über die taktische Form sagt, in der sich diese Führung durch das Zentrum vollziehen wird: die Zentrums-partei soll unter Umständen zu Gunsten eines umfassenden politischen „Ordnungsblocks“ geopfert werden. Und HINDENBURG mag natürlich auf seinem Posten bleiben! Es ist sogar klüger, ihn nach außen die Verantwortung tragen zu lassen und die katholische Politik durchzuführen ohne eine besondere katholische Partei. Dieser geniale Plan gewinnt angesichts des Zerfalls der bürgerlichen Parteien beiderseits vom Zentrum an Aktualität.

Wie überlegen ist dies kühne und verführerische Spiel mit der „Aufopferung“ der eigenen Partei „im vaterländischen Interesse“, verglichen etwa mit den hilflosen Bemühungen eines DINGELDEY, der mit allen Mitteln des Opportunismus seinen zerfallenden Haufen zusammenzuhalten sucht!

Erklärung WANG SIN WEI.

Der chinesische Ministerpräsident WANG SIN WEI erklärte der Presse, die chinesische Regierung werde sich nur dann auf Verhandlungen mit Japan einlassen, wenn sie die Sicherheit habe, daß Japan seine Truppen aus Schanghai und aus der Mandschurei zurückziehen würde. Eine gesonderte Behandlung der beiden Streitfälle lasse die chinesische Regierung nicht zu. Wie es heißt, ist die chinesische Regierung bereit, ein Heer von 200 000 Mann zur Befreiung der Mandschurei aufzustellen.

Die Japaner haben in der Mandschurei alle chinesischen und russischen Zeitungen verboten. Nur Blätter, die von den Japanern unterstützt werden, dürfen erscheinen. Die Japaner sind mit der Zusammenstellung eines Regiments von Weißrussen beschäftigt.

Die Beziehungen zwischen Japan und Sowjet-Rußland werden immer gespannter. Dafür nähern sich China und Rußland. Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet aus Schanghai, daß die chinesische Regierung beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder herzustellen.

Der frühere chinesische Kaiser PUWI, der zum Präsidenten der neuen mandschurischen Republik ernannt worden ist, begibt sich nach seiner neuen Hauptstadt Tschantschun, um seine Regierungspflichten zu übernehmen.

Gewerkschaft für China.

Bg. Jena, 4. März.

Da Chinas Rechte weder von den kapitalistischen Mächten noch vom Völkerbund geschützt werden, wird für die Arbeiterschaft die internationale Solidarität besonders dringlich. An Interesse und gutem Willen fehlt es hierzu in Europa keineswegs; das bewies eine Versammlung der Jenaer Jugendgruppe des ZdA, auf der CARVIN OZEM über die Lage in China sprach. Auf dieser Veranstaltung, zu der auch viele Gäste aus anderen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen erschienen waren, herrschte Einmütigkeit in der Auffassung, daß das chinesische Proletariat vor dem japanischen Imperialismus durch gemeinsames Vorgehen der europäischen Arbeiter und vor allem ihrer gewerkschaftlichen Organisationen geschützt werden sollte. Von mehreren Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß die Jenaer Versammlung ein gutes Vorbild für andere Arbeiterorganisationen gegeben hat; überall sollten derartige Veranstaltungen durchgeführt werden, um allmählich eine öffentliche Meinung zu schaffen, die den sozialistischen Kampf voran bringt.

Der Abend bot gleichzeitig ein glänzendes Beispiel dafür, daß parteipolitische Streitigkeiten in den Gewerkschaften restlos vermieden werden können, wenn der gute Wille vorhanden ist; die dringenden Tagesaufgaben in Angriff zu nehmen, Aufgaben, zu denen die Gewerkschaften sich ja auch schon durch ihr Programm verpflichtet haben.

Man wird vielleicht sagen: dieser Ausblick auf die Zentrums-politik sei konstruiert. Ich gebe das zu. Aber die Konstruktion gründet sich in erster Linie auf die sichere Voraussetzung, daß für das Zentrum nichts feststeht als das eine kulturpolitische Ziel, daß es also in allen anderen Fragen freie Hand hat für eine äußerst elastische Taktik. Wenn wir diesem Gegner gewappnet entgegenzutreten wollen, dann müssen wir fragen: welche Möglichkeiten bietet die gegenwärtige Situation seiner elastischen Taktik? Mit der Beantwortung dieser Frage haben wir Gesichtspunkte für die Beobachtung der weiteren Politik des Zentrums gewonnen.

In bezug auf die Präsidentenwahl zeigt unser Ausblick auf die Zentrums-politik, wie wenig für die Sache des Sozialismus gewonnen ist, wenn die Verhinderung HITLERS mit dem Sieg HINDENBURGS erkaufte wird. Ein Sieg HINDENBURGS fügt sich in einen durchdachten Feldzug gegen die Geistesfreiheit in Deutschland ein. Diese Gefahr können wir nur parieren, wenn wir HITLER und HINDENBURG durch einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten schlagen. Auch die kulturpolitische Seite des sozialistischen Kampfes nötigt uns also zu dieser Forderung der Stunde.

Pressestimmen zu den Zollverhandlungen mit Osterreich.

„Zwischen Berlin und Paris ist wieder einmal ein Streit ausgebrochen“, meint der Berliner Berichterstatter des „Paris Midi“. Und in der Tat ist auf beiden Seiten das Mißtrauen gegen die Vorschläge, die der andere zur Rettung Oesterreichs macht, aufs äußerste gespannt.

Der Berichterstatter des „Paris Midi“ schreibt, die Haltung des deutschen Reiches gegenüber dem französischen Vorschlag einer Zollunion der kleinen Entente lasse deutlich erkennen, daß Deutschland keineswegs auf den Anschluß verzichtet habe, sondern alle Mittel anwenden wolle, den Zusammenschluß der Donauländer zu hintertreiben.

Die Wiener Presse stellt sich durchweg auf die Seite der deutschen Vorschläge. Die demokratische „Neue Freie Presse“ fordert, der Völkerbund solle, um Osterreich zu helfen, grundsätzlich beschließen, daß die Abkommen mit Osterreich von der Meistbegünstigung frei seien. Die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“ erklären es empört für unvorstellbar, daß die internationale Umoral so weit gehen könne, Osterreich deutsche Hilfe zu versagen und gleichzeitig durch die Aufrechterhaltung der Vorzugszölle seine Wirtschaft zu vernichten, was durch das aufgezwungene Zollbündnis mit den Nachfolgestaaten nicht verhindert würde.

In Moskau wird der französische Plan scharf kritisiert. Die „Iswestija“ vermuten hinter der geplanten Vereinigung der Nachfolgestaaten eine Erweiterung des gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnisses zwischen Polen und Rumänien und außerdem eine dauernde Drohung gegen Deutschland.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ äußert sich sehr zustimmend zu TARDIEUS Vorschlag und begrüßt ihn als eine Maßnahme, die ganz im Interesse Italiens liegt. Auch aus Rumänien kommen zustimmende Pressemeldungen.

Die ungarische Presse äußert sich vorsichtig. Man wartet ab, einerseits ob Deutschland sein Angebot an Osterreich auch den andern Donauländern machen wird, andererseits ob Frankreich sich darauf einlassen wird — wie Osterreich es zu fordern scheint —, auch Deutschland in einem Wirtschaftsblock der Donauländer zuzulassen.

Die „New York Times“ sieht in der Zustimmung Italiens zu dem Plan TARDIEUS ein Zeichen dafür, daß Italien sich enger mit Frankreich als mit Deutschland verbunden fühle. Die „New York Herald Tribune“ erklärt, daß das nach dem Weltkrieg aufgelöste Osterreich-Ungarn wortvoll gewesen wäre und daß es deshalb gut sei, es in wirtschaftlicher Hinsicht neu zu begründen.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(55. Fortsetzung.)

Sie muß lange warten. Endlich öffnet sich eine der Türen. Sie erblickt Brandts abgespanntes Gesicht. Lächelnd zieht er sie ins Zimmer.

„Verzeihen Sie, Herr Brandt . . .“ Sie fühlt seine Hand in der ihren.

„Kann ich Ihnen einen Dienst erweisen?“ fragt er freundlich.

Sie leuchtet ihn mit warmen Augen an. „Das schreckliche Attentat heute vormittag . . . ich bin tief erschüttert — glücklich, daß Sie unverletzt sind . . .“

Brandt erwidert mit leiser, müder Stimme: „Die Bevölkerung ist aufgepeitscht, ohne Maß und Beherrschung. Der arme Teufel, der mich umbringen wollte, hat der Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Bis zum Ausbruch blutiger Unruhen war es nur noch ein kleiner Schritt!“

„Sie reiben sich auf in diesem Kampf . . .“

Er zuckt mehrmals die Achsel.

„Ich muß Sie warnen! Saint Brice läßt Sie kalten Blutes erschießen, wenn Sie versuchen wollten, durch ein hochverräterisches Unternehmen . . .“ Sie stockt und bereut schon das letzte Wort.

„Bitte weiter zu sprechen“, fordert er sie in plötzlich schroffem Tone auf. „Wer macht sich des Verrats schuldig? Leute, die die Zertrümmerung der Nation als sinnvolles Ziel betrachten oder ich, der ich allerdings entschlossen bin, den großen Anschlag auf Frankreich abzuwehren! Ich habe zehn Jahre so viel Schimpf auf meinen Buckel geladen, daß ich mich an die Last gewöhnt habe. Sagen Sie Herrn Saint Brice, daß sein Kopf verhängnisvoller bedroht ist als der meine! Wir haben es bis zum Hals herauf satt, ewige Kandidaten

des Völkerschlachthaus zu sein. Ich bedaure, Frau von Bassancourt, daß Sie mich so gering eingeschätzt haben. Herr Saint Brice, Ihr Auftraggeber, hat sich getäuscht, als er Germaine de Bassancourt als Parlamentär zu mir schickte, um mir eine unwürdige Kapitulation abzuschmeicheln!“

Seine Rücksichtslosigkeit macht sie stumm und wehrlos. Sie hat das Gefühl, splitternaakt vor dem Mann zu stehen, zu dem sie doch nichts anderes trieb als die Hilfsbereitschaft ihres Herzens, das auf seine Rettung bedacht war.

Endlich sagt sie herb und abweisend. „Ich hatte Ihre Gerechtigkeit immer in besonderem Maße bewundert. Die Kränkung, die Sie mir zufügen, will ich der aufregenden Situation zugutehalten, in der wir alle uns befinden. Sie dürfen aber getrost glauben, daß ich heute mittag und jetzt zu Ihnen kam, nicht um Ihnen Fallen zu stellen oder Ihnen eine unwürdige Kapitulation abzuschmeicheln. Ich wollte Sie nur warnen, die Tatkraft der Regierung zu gering anzuschlagen.“

Brandt späht lange in ihr helles Gesicht. Streckt sich ihm hier ein Herz entgegen, verängstigt, in Sorge um sein Wohl und Weh? Warum geht er nicht hin und legt seinen zerquälten Kopf in ihre Hände?

„Mein Wille kann nicht dort aufhören, wo Saint Brice Bajonette und Gummiknüppel aufbaut“, sagt er unduldsam. „So unversöhnlich sind Sie . . .?“

„Wenn der Kampf zwischen Licht und Finsternis entbrennt, kann ich nicht auf laisen Sohlen gehen! Die Regierung muß verschwinden! Geht es nicht auf parlamentarischen Weg, dann auf Unwegen, die noch wirksamer sein werden! Ein Staat hat nicht deshalb recht, weil er zufällig über die Machtmittel verfügt! Ich will nicht zehn Lebensjahre darangesetzt haben, um in der Stunde der Entscheidung ein jämmerliches Fiasko zu erleben!“

„Und das Volk, das dabei vielleicht die Kosten der Abrechnung zahlen muß . . .?“

Die Narbe auf Brandts Stirn flammt auf. Seine Stimme wird brutal. „Ich nehme Ihre Vorwürfe nicht an! Ich hab weiß Gott an meinem eignen Gewissen genug zu schleppen! Ich gehöre nicht zur Sorte der Gewissenlosen! Aber vierzig Millionen Franzosen verbitten sich, von passionierten Spielernaturen, die zuletzt vor dem Nichts stehen, hin und her ge-

schohen zu werden wie elende Statisten. Staat und Volk — das sind wir! Wir alle!“ — Er hält plötzlich inne. Es kommt ihm in peinlicher Weise zum Bewußtsein, wie sehr er während der Unterhaltung die Form verletzt hat. Die Schamröte steigt ihm ins Gesicht. Es ist beinahe ein kindliches, scheues Abbitten, als er jetzt Germaines Hand ergreift. „Tragen Sie mir bitte meine Unduldsamkeit nicht nach. Es geht jetzt drunter und drüber in uns allen, nicht wahr? Aber ich muß mich mit Rücksichtslosigkeit panzern, wenn ich auf meinen Beinen stehen bleiben will. Bögrieffen Sie nicht, daß man von tausend Sorgen und Nöten geschüttelt wird? Es ist wahrscheinlich keine Eitelkeit, wenn ich meinen harten Schädel in die Luft strecke. Aber wäre ich nicht ein Feigling, wenn ich heute und morgen die Waffen senken und den Dingen ihren furchtbaren Lauf lassen wollte? Ehe die Kriegsheere mobilisieren, muß ich den Willen des Friedens mobil machen. Ich kann nicht fragen, ob man mich für meine Anstrengungen segnen wird oder verfluchen, ob man mich morgen auf den Schild hebt oder kreuzigt und durch die Gassen von Paris schleift. Es soll nur keiner verlangen, daß ich mich selbst umblege. Es gibt ein geheimnisvolles Wissen um die Dinge der Erde, ein Wissen, zu dem man vorgestoßen sein muß, wenn man bewußt mithelfen will, den sinnlos in sich selbst geschlossenen Kreis aufzubrechen und zur Spirale zu formen, deren Kurvenspitze zum Himmel zeigt! Sie lächeln ungläubig? Ich werde Ihnen später davon mehr erzählen. Im Augenblick zerfressen uns Nöte, die handgreiflicher sind, die sich die Völker aber nur deshalb aufbalsen, weil sie, wie Pascal sagte, abgestürzte Engel sind, die den Rückweg zum geistigen Bezirk nicht mehr finden. Sie sind gekommen, mich zu warnen? Wovor? Vor dem Dienst an der Wahrheit? Ich soll kapitulieren, um unser Volk nicht in zwei Teile auseinanderbrechen zu lassen? Mithelfen, den Irrsinn zu legitimieren? Einigkeit Frankreichs? Jawohl! Aber Taumel und Rausch zeugen nur das Fiebergebilde eines Kollektivwesens, das in Millionen Atome zerspringt, wenn dem blutigen Karneval der graue Aschermittwoch folgt! Wer wie Saint Brice das Leben zur Mathematik macht, wird am Schluß immer den trüben Rest des Exempels erleben, das mit untauglichen Mitteln nicht zu lösen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Die kirchliche Schulaufsicht in Preußen.

Der seit einiger Zeit schärfer hervortretende Konflikt zwischen dem preußischen Kultusminister und dem evangelischen Oberkirchenrat der altpreussischen Kirche hat jetzt durch ein Schreiben des Kultusministers einen vorläufig deutlichen Abschluß gefunden.

Es handelt sich in diesem Konflikt darum, daß der Kirchenrat vorgeschlagen hatte, die Neuordnung der kirchlichen Einsichtnahme in den Religionsunterricht in der Weise durchzuführen, daß, statt wie früher die geistlichen, künftig die evangelischen Schulräte mit dieser Einrichtung betraut werden sollten. Der Vorgänger GRIMMES, BECKER, hat diesen Vorschlag seiner Zeit als „außerordentlich glücklich“ bezeichnet. Seit November 1930 verhandelte der für die Schule so besorgte Oberkirchenrat nun mit dem sozialdemokratischen Minister GRIMME. Diese Verhandlungen — so meint die Kirche — seien von dem Minister in nicht zu billigender Weise verschleppt worden, obwohl GRIMME zum Teil Zusagen in bindender Form gegeben habe für eine schleunige Regelung der Frage. Nachdem nun zum 25. Februar endlich eine mündliche Verhandlung angesetzt worden war, sei die Sitzung — zwei Tage vorher — unter Berufung darauf, einige grundsätzliche Fragen bedürften noch der Klärung, plötzlich abgesagt und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Kirchenrat hat daraufhin in sehr ernst gehaltenen Ausführungen dem Minister schriftlich zu verstehen gegeben, daß diese Behandlung nicht mehr tragbar sei und daß sich die Kirchenbehörde vorbehalten habe, alle ihr durch ein solches Vertagen aufgezwungenen Maßnahmen zu treffen.

Am 26. Februar hat dann DIBELIUS, der Generalsuperintendent, vor Mitgliedern des preußischen Richtervereins noch einmal bittere Beschwerde über das Verhalten des Kultusministers geführt. GRIMME hat am 1. März schriftlich geantwortet, in einem Stil, der anzeigt, wie schwer es sein muß, in einer so schwierigen Angelegenheit mit einer so ehrwürdigen Behörde die eigene Stellung zu präzisieren. Es ist ihm dennoch gelungen, trotz folgender Einführung:

„Seit ich, entsprechend meinem in sehr schwierigen Vertragsverhandlungen bewiesenen Willen zur Vermeidung von Staat und Kirche, begonnen habe, mich unbeschadet dessen, daß ein Rechtszwang dazu nicht besteht, mit der Frage der Einsichtnahme . . .“ GRIMME liegt nach seinen eigenen Worten daran, den Anschein zu erwecken, daß der Staat sein ihm gemäß Artikel 144 der Reichsverfassung zustehendes Aufsichtsrecht behält. Er will sich Zeit lassen, weiter über die „Angelegenheit nachzudenken, und endet seinen Brief damit, daß nach seiner Auffassung ein Rechtsanspruch der Kirche auf Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht nicht besteht. Hoffentlich führt ihn sein Nachdenken dahin, auf der Zurückweisung dieses Rechtsanspruches zu bestehen und die kirchlichen Schulräte endgültig von der Schule fernzuhalten.

In seiner Antwort auf das Schreiben GRIMMES sagt der evangelische Oberkirchenrat:

Das Aufsichtsrecht des Staates werde durch die vorgeschlagene Neuordnung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht in keiner Weise berührt. Der Kirchenrat habe vielmehr in seinem entscheidenden Beschlusse ausdrücklich anerkannt, daß „nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Religionslehre allein der Aufsicht des Staates unterstehe“. Der Rechtsanspruch der Kirche auf die Einsichtnahme ergebe sich nicht nur aus Artikel 149 der Reichsverfassung (Uebereinstimmung des Religionsunterrichtes mit den Grundsätzen der Kirche), sondern vor allem aus dem Ministerialerlaß von 1876, der die Einsichtnahme in den Religionsunterricht der Kirche übertrage, während die Aufsicht den staat-

lichen Organen zugewiesen werde. Dieser Erlaß sei weder durch die Reichsverfassung noch durch die preußische Verfassung gegenstandslos geworden, was u. a. daraus hervorgehe, daß das preußische Kultusministerium selber sich noch in den Jahren 1925/27 mehrfach auf diesen Erlaß berufen habe. Auch Minister GRIMME — so hebt das Schreiben hervor — habe sich in einer Unterredung sachlich zu dem aus den kirchlichen Vorschlägen erwachsenen Entwurf (eines Abkommens über Einsichtnahme in den Religionsunterricht) bekannt und hervorgehoben, daß die Gründe für die plötzliche Absage der Verhandlungen auf politischem Gebiet lägen und dem Minister eine Erledigung der Angelegenheit jedenfalls vor den Wahlen als untunlich erscheine.

Der altpreussische Kirchenrat ist zu einer außerordentlichen Sitzung nach Berlin einberufen worden.

Der fragliche Satz des Artikels 149 der Reichsverfassung lautet: „Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.“

Zwischen Aufsicht und Einsichtnahme zu unterscheiden, ist für einen durch theologische Studien nicht verbildeten Verstand jedenfalls nicht leicht. Denn die Einsichtnahme könnte doch hier nur den Sinn einer Kontrolle haben; einer Kontrolle darüber, ob der den Kirchen zugesicherte Rechtsanspruch auf Erteilung des Religionsunterrichtes in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erfüllt wird oder nicht; und wodurch unterscheidet sich eine derartige Kontrolle noch von einer Aufsicht? Die Aufsicht aber ist ausdrücklich dem Staat vorbehalten.

Nehmen wir aber einmal an, die Unterscheidung von Aufsicht und Einsichtnahme ließe sich durchführen. Wovon leitet dann die Kirche einen Rechtsanspruch auf Einsichtnahme in den Religionsunterricht ab? Sie beruft sich auf die Bestimmung, daß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den kirchlichen Grundsätzen erteilt werden soll. Wenn die Kirche hieraus einen Rechtsanspruch auf Einsichtnahme ableitet, so setzt sie aber voraus, daß jeder, der an der Erfüllung einer Verfassungsbestimmung interessiert ist, einen Rechtsanspruch hat auf die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, ob die betreffende Bestimmung durchgeführt wird. Diese Voraussetzung hat Konsequenzen, die sich nicht nur auf die Einsichtnahme in den Religionsunterricht beziehen. Z. B. würde nach jener Voraussetzung jeder an der Erziehung zur Völkerveröhnung Interessierte das Recht haben, sich davon zu überzeugen, ob, wie es Artikel 148 verlangt, der Schulunterricht „im Geiste der Völkerveröhnung“ gehalten ist. Das hieße praktisch: jeder hätte das Recht der Einsichtnahme in jeden Unterricht. Dies ist nur ein Beispiel für die Konsequenzen der kirchlichen Beweisführung.

Schulstreik in Berlin SO.

h. Berlin, 4. März.

In der 100. und 102. Gemeindeschule in der Reichenberger Straße ist ein Streik ausgebrochen. Die zur Schule kommenden Kinder wurden zum großen Teil an den Eingängen von Streikposten aufgehalten und wieder nach Hause geschickt.

Die Ursache des Streiks: Um zu sparen, wollte man die Kinder der 100. und 102. Schule nach dem alten Schulgebäude in der Glogauer Straße versetzen. Hiergegen haben die Eltern Protest erhoben, weil sie in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollegium das Schulgebäude in der Reichenberger Straße renovieren ließen. So entstand ein schönes Schulgebäude, welchem auch ein Kino angegliedert wurde. Nun sollen die Kinder in das alte Gebäude in der Glogauer Straße gebracht werden, womit die Eltern natürlich nicht einverstanden sind.

Der nächste arbeitsrechtliche Informationsabend für Betriebsräte

findet statt am Dienstag, 8. März, 19 Uhr, in Saal 3 bzw. 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer. Leiter des Abends ist Dr. FRANZ NEUMANN. Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Hörerbeitrag wird nicht erhoben. Der übernächste Informationsabend findet am 28. März statt.

Pädagogische Akademie in Kiel bleibt.

v. Berlin, 4. März.

Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, daß die Pädagogische Akademie in Kiel in ihrem bisherigen Umfang erhalten bleibt. Damit erhöht sich die Zahl der erhaltenen Akademien auf 7, nämlich: 1 simultane, 4 evangelische und 2 katholische.

Hochdruck in der französischen Kammer.

k. Paris, 4. März.

Die französische Kammer hat noch nie mit solcher Geschwindigkeit den Haushalt verabschiedet wie in diesem Jahr. Sämtliche Parteien sind sich stillschweigend dahin einig geworden, den einzelnen Abschnitten keinen Widerstand entgegenzusetzen, um die Aussprache nicht durch unnütze Einwendungen zu verlängern, da man allgemein auf die baldige Ausschreibung der Neuwahlen hinsteuert. Nachdem am Donnerstag vormittag der Haushalt des Kriegsministeriums und in den Nachmittagsstunden der Haushalt des Ministeriums für öffentliche Arbeiten verabschiedet worden war, ging die Kammer unverzüglich an die Beratung des Haushaltes des Innenministeriums, der ebenfalls nach kurzer Aussprache erledigt wurde. Bei dem Abschnitt über die Höhe des Fonds verlangte der sozialistische Abgeordnete URVY nähere Aufklärungen und Streichung der vorgesehenen Mittel, die lediglich dazu bestimmt seien, die Wahlen im reaktionären Sinne zu beeinflussen. Der neue Innenminister ging jedoch auf die Einwendungen des Abgeordneten nicht ein und stellte einfach die Vertrauensfrage. Der Haushaltsabschnitt wurde daraufhin mit 313 gegen 251 Stimmen angenommen. In einer Abendsitzung, die bis 24 Uhr dauerte, wurde auch der Haushalt des Unterrichtsministeriums verabschiedet.

Quittung

- M. D. in B. 4,— M; K. K. in B. 5,— M; O. S. in B. 32,— M; W. K. in B. 12,30 M; J. R. in B. 3,— M; H. H. in B. 10,— M; H. P. in B. 5,— M; J. B. in B. 5,— M; A. G. in B. 50,— M; J. B. in B. 25,— M; A. S. in H. 10,— M; E. F. in A. 2,— M; W. F. in A. 5,— M; E. D. in B. 15,— M; E. F. in F. 25,— M; H. L. in M. 11,— M; J. B. in M. 10,— M; H. W. in K. 1,— M; E. P. in S. 10,— M; G. P. in S. 5,— M; Mittagstisch S. 8,— M; K. S. in O. 4,— M; Sammlung F. 50,— M; M. L. in E. 10,— M; E. B. in E. 5,— M; W. R. in S. 8,— M; O. W. in G. 10,— M; K. K. in A. 8,20 M; A. S. in D. 3,— M; K. P. in B. 3,— M; H. W. in H. 3,— M; R. L. in B. 112,56 M; H. S. in B. 10,— M; R. K. M in L. 10,— M; G. M. in H. 5,— M; A. S. in L. 30,— M.

Berlin, den 5. März 1932.

Wir danken allen Spendern herzlich, und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

Die Schriftleitung.

Arbeitslosigkeit und Siedlung.

Zu dem Film: „Drei von der Stempelstelle“.

H. Nacheinander erscheinen auf der Leinwand Bilder von New York, London, Paris, Berlin. In allen Städten das gleiche: Das Arbeitsamt und davor eine ungeheure Menschenmenge, die sich langsam, von Polizisten dirigiert, vorwärtschiebt; Arbeitslose, die bereit sind, Stunden um Stunden zu warten, um an Arbeit und Verdienst zu kommen.

Aus diesem internationalen Heer werden nun ein paar Berliner Arbeitslose herausgegriffen. Wir sehen ihr Suchen nach Verdienst, die Gelegenheitsarbeiten, mit denen sie sich hier und da einen Groschen verdienen: Adressen-Schreiben, Osterhasen-Bemalen, Schlittschuhe An- und Abschneiden, Würstchen-Verkaufen u. ä. Es bringt nicht viel; der Würstchen-Verkäufer ist seine Ware schließlich selber auf, da er keine zahlenden Abnehmer findet.

Der Film wird munter und flott gespielt. Der große Dicke behält seinen Humor und seine Energie; der kleine Dünne klammert sich an seine krausen volkswirtschaftlichen Theorien — allerdings, ohne auch nur ein einziges Mal einen Gedanken auszusprechen. Und selbst die unvermeidliche Liebesgeschichte und die Szenen, in denen die alte Wäscherin in Tränen ausbricht, hüten sich vor übermäßiger Sentimentalität.

Aber je weiter das Stück fortschreitet, desto stärker wird der Eindruck der Leerheit und Unwahrhaftigkeit des Stücks. So geschieht und natürlich die Schauspieler sich in einzelnen Situationen zu benehmen wissen — sie sind doch nur Puppen, hingestellt, um Reklame zu machen. Wofür eigentlich?

Arbeitslosen-Versammlung. Die Arbeitslosen sitzen in einem großen Wirtshauszimmer um kleine Tische herum; von der Bühne herunter verzapft ein Dr. Soundso in unverständlicher Form etwas über Siedlung. Es zündet. „Wir wollen wieder Arbeit haben; wir wollen nicht mehr stempeln gehen!“

Und so zieht denn eines der Brautpaare am Sonntag nachmittag los, um sich das Siedlungsunternehmen anzusehen. Die folgenden Bilder scheinen der Werbeschrift einer Siedlungsgesellschaft entnommen zu sein. In bisher unbearbeiteten Parzellen, die schon durch Zäune sauber voneinander abgegrenzt sind, erheben sich kleine ordentliche Häuschen, die zum Teil bis auf den Verputz fertig sind, zum Teil gerade entstehen. Es ist alles „sehr nett“, und wir sehen dementsprechend zum Schluß einen ganzen Zug von Arbeitslosen unter der im Sprech-

chor gebrüllten und trotzdem wenig vertrauenerweckenden Versicherung, daß die Zeit der Wohlfahrtsunterstützung nun endgültig überwunden sei, aus dem Bahnhof und damit auch aus dem Film hinausfahren.

Gerade weil es unzweifelhaft richtig ist, daß eine vernünftige Siedlungspolitik für die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit unumgänglich ist, gerade darum hat dieser Film etwas so Niederträchtiges. Denn an Stelle von Siedlungspolitik werden hier unglaubwürdige Märchen von hübschen kleinen Siedlungshäusern erzählt, die angeblich nach kurzer Arbeit in den Besitz der eben noch Arbeitslosen übergehen und diesen ein ruhiges und friedliches Dasein sichern. Wie dieses Wunder sich vollziehen soll, davon kein Wort. Woher soll das Geld kommen, um diesen Aufbau zu finanzieren? Woher die Ausbildung der ungelerten Gelegenheitsarbeiter der Großstädte zum Siedler? Wo sichert man sich vor den Schwierigkeiten, die all den schüchternen Siedlungsansätzen, die seit 1918 von seiten der Regierung unternommen worden sind, fast das Lebenslicht ausgeblasen haben?

Diese Schwierigkeiten lassen sich nur überwinden, wenn man weiß, um welcher Zusammenhänge willen Siedlungspolitik notwendig ist. Um solche Zusammenhänge darzustellen, müßte zum mindesten zweierlei vorgeführt werden: Der Großgrundbesitz, der seit Jahrhunderten das Land sperrt, seinen Preis in die Höhe treibt und es damit für Arbeiter, die sich selbständig machen wollen, unzugänglich macht. Und ferner die Subventionen, durch die der heutige Staat angeblich der Krise zu steuern sucht, und die das Geld, das zum Aufbau einer die Kaufkraft der Masse stärkenden und damit die Arbeitslosigkeit überwindenden Aktion verwandt werden könnte, in unproduktiven und im Grunde längst bankrotten Unternehmungen festlegt.

Die Hindernisse, die einer wirkungsvollen Siedlungspolitik entgegenstehen, sind durch diese Hinweise nur angedeutet. Aber schon diese Hindernisse zeigen, daß dieser Weg zur Ueberwindung der Krise, der den Arbeitern ein menschenwürdiges und freies Leben verspricht, nur nach einem politischen Kampf beschritten werden kann. Denn die von den Subventionen lebenden Großagrarien und Industriellen sind heute im Besitz der politischen Macht und werden sich diese Macht nicht kampfflos aus der Hand nehmen lassen.

Das ist der ernste Hintergrund, der sichtbar werden muß, wenn man aufrichtig von dem Zusammenhang zwischen Siedlung und Krisenüberwindung reden will. Der Film von den drei Arbeitslosen verschweigt ihn völlig, wie er den Zuschauer überhaupt glauben machen möchte, daß es so etwas wie Politik oder gar Klassenpolitik gar nicht gibt. Daher sind seine Schilderungen so unwahr; daher ist auch seine Darstellung des Arbeitslosenlebens so geschminkt: Sie geht nie bis an die Grenze, wo es für den friedlichen Bürger beunruhigend werden könnte.

Der Film empfiehlt sich als ein mildes und angenehm wirkendes Schlaf- und Beruhigungsmittel, das denjenigen, der nicht nachzudenken liebt, in seiner Ruhe bestärkt, und demjenigen, der angefangen hat, sich Gedanken über einen Ausweg zu machen, durch die Hohlheit der hier propagierten Vorschläge von den dahinterstehenden politischen Aufgaben fernhalten kann.

Was kostet die Reichspräsidentenwahl?

Für eine Großgemeinde wie München bringt die notwendige Neuaufstellung der Wählerliste eine Fülle von Arbeit und auch erhebliche Kosten mit sich, nachdem bei der letzten, am 14. September 1930 abgehaltenen Reichstagswahl fast eine halbe Million Stimmberechtigte — genau 484 673 — gezählt wurden.

Die letzte Reichstagswahl hat der Stadtgemeinde gegen 110 000 M. Kosten verursacht. Das Reich vergütet den Gemeinden einen nach der Größe der Gemeinden abgestuften Satz für jeden Wahlberechtigten. Dieser Satz ist aber so gering bemessen — er betrug z. B. bei der letzten Reichstagswahl in München nur 6 Pf. für den Wähler —, daß von einem wirklichen Ersatz der Kosten keine Rede sein kann. Die großen Gemeinden müssen auch hier wieder wie in so vielen anderen Fällen tief in die eigene Tasche greifen, um eine ihnen vom Reich übertragene Aufgabe zu erfüllen. („Münchener Neueste Nachrichten“, Nr. 57.)

Wenn man unter Zugrundelegung der Münchner Berechnung (rund eine halbe Million verursachen 110 000 M. Kosten) eine Gesamtzahl deutscher Stimmberechtigter von rund 44 Millionen annimmt (am 20. Mai 1928 waren es 41 224 700, am 14. September 1930 waren es 42 982 900), kommt man also auf Gesamtkosten von rund 9,7 Millionen Mark.

Der Wahlkampf.

Kein Schnaps.

Der preußische Minister des Innern hat den Ausschank von Brauntwein und den Kleinhandel mit Trinkbrautwein am Sonnabend, dem 12., und Sonntag, dem 13. März, bis zur Polizeistunde verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Haft und mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Ungleicher Kampf.

In Berlin, 4. März.

Der Berliner Polizeipräsident kündigt strenges Einschreiten gegen „Auswüchse bei der Wahlpropaganda“ an, gegen Bomben von Häusern und Straßen mit Inschriften, gegen „unbefugtes Eindringen“ von Flugblattverteilern, Sprechhören, Sammlern in die Häuser „schon in den frühen Morgenstunden“, gegen Schlägereien, Sammellokale derartiger Propagandatrüppchen sollen für die Wahlzeit polizeilich geschlossen werden. Der Polizeipräsident wird auch von dem Recht Gebrauch machen, Personen, die unbefugt Waffen bei sich führen, bis zu drei Monate in Polizeihaft zu nehmen.

Wenn GRZESINSKI, wie er sagt, mit seinen Maßnahmen „die Ruhe und die ungefährdete Ausübung des freien Wahlrechts sichern“ will, so sollte er den Umstand bedenken, der in diesem Wahlkampf besonders provozierend wirkt, weil er die Ausübung des Wahlrechts unfrei macht: die Ungleichheit des Kampfes, hervorgerufen dadurch, daß die Regierung ihre Propagandamittel in diesem Wahlkampf für HINDENBURG einsetzt. Wir erinnern hier an den Druck zu Gunsten HINDENBURGS, den SEVERING nützlich in der Besprechung mit den preußischen Oberpräsidenten auf die Beamten ausgeübt hat. Diese Parteinahme des Staates wird durch GRZESINSKIS, die Propagandamöglichkeiten beschränkenden Maßnahmen unterstrichen, denn diese Maßnahmen treffen nicht die Propaganda für HINDENBURG, der andere Mittel zur Verfügung stehen.

Daß ausgerechnet ein demokratisches Blatt („Berliner Tageblatt“) die Parteinahme der Regierung mit der Behauptung begrüßt, „eine Zurückhaltung . . . wäre unverständlich und unverantwortlich gewesen, das beleuchtet die eigenartige Entwicklung, in der die deutsche Demokratie sich befindet.

Die Minister im Wahlkampf.

BRÜNING wird sprechen: am 7. März in Köln, am 8. März in Düsseldorf, am 9. März in Dortmund, am 11. März im Berliner Sportpalast, am 12. März in Breslau. DIETRICH wird am 6. in Königsberg, am 9. in Leipzig, am 11. in Karlsruhe und am 12. in Mannheim sprechen. TREVIRANUS wird in Berlin und in einer Reihe süd- und westdeutscher Städte, SCHLANGE-SCHÖNINGEN in Oppeln, Breslau und Görlitz reden. Die Liste ist noch nicht abgeschlossen.

Ausnahmen vom Demonstrationsverbot in Preußen.

In Berlin, 4. März.

Der preußische Innenminister hat unter dem 4. März folgende Anordnung erlassen: „Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten ermächtige ich die Regierungspräsidenten, in Berlin den Polizeipräsidenten, in Abweichung von meiner Anordnung vom 31. Oktober 1931, Preuß. Gesetzbl. Nr. 10, Seite 225 — auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge bis zum 12. März 1932 einschließlich Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren. Die Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Preußischer Staatsrat berät Haushaltsplan.

Im Zeichen der Not.

In Berlin, 4. März.

Der verstärkte Hauptausschuß des preußischen Staatsrats setzte die Vorberatung des Staatshaushaltsplans für 1932 fort. Beim Haushalt des Wohlfahrtsministeriums hob ELFES (Ztr.) den katastrophalen Rückgang der Ausgaben für das preußische Gesundheitswesen hervor. Im Haushalt für 1931 seien für diese Zwecke noch 165 Millionen ausgeworfen worden, während der vorliegende Haushalt nur 44 Millionen zur Verfügung stelle. Auch die Mittel für die allgemeine Volkswohlfahrt seien in unerträglicher Weise gekürzt worden. Ministerialdirektor SCHROPHL gab die aufsehenerregende Erklärung ab, daß, nachdem in den Vorjahren trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse noch immer eine Verbesserung der Volksgesundheit zu verzeichnen war, die Berichte des letzten halben Jahres zum ersten Male eine **bedenkliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes** in Preußen erkennen ließen. —

Bei Beratung des Haushalts der Bergverwaltung spielte die Frage der Sicherheit in den preußischen Bergwerken eine besondere Rolle. Von der Regierung wurde zahlenmäßig der Nachweis dafür erbracht, daß trotz der in letzter Zeit wieder zu verzeichnenden Bergunfälle im Ganzen gesehen die Unfallziffern eine rückläufige Tendenz zeigen.

Berliner Ortsgesetz angenommen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag das neue Ortsgesetz mit 109 gegen 98 Stimmen angenommen.

Das neue Gesetz bedeutet einen Schritt zur Vereinheitlichung der Verwaltung. Die Befugnisse der zentralen Verwaltung sind erweitert worden gegenüber den Befugnissen der Bezirksverwaltungen.

Das Ortsgesetz war im Hauptausschuß einstimmig abgelehnt worden. Was brachte den Umschwung im Stadtparlament hervor? Der Sprecher des Zentrums sprach es aus: es sei eine Prestigefrage, daß die Stadtverordneten-Versammlung das Gesetz selber verabschiede: sonst werde die Regierung eingreifen, und damit werde dem letzten Rest von Selbstverwaltung ein Stoß versetzt.

Eine etwas eigenartige Selbstbestimmung, die durch dieses Parlament vollzogen wird!

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Donnerstag, den 10. März, 10.15 Uhr, Gasthaus Kröger, Brunnenstraße (Eingang Bleichertwiete). Thema: „Soll der Faschismus wirklich siegen?“

Berlin: Bezirk Wodding: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstraße 12. Thema: Wie überwinden wir die Gefahr des Faschismus?

Braunschweig: Dienstag, den 8. März, 20.15 Uhr, „Handelschor“, Lessingplatz 5. Thema: Wen wählen wir als Reichspräsidenten?

Hamburg: Sonnabend, den 5. März, um 20.15 Uhr, Volksheim Rothenburgsort, Billhorner Mühlenweg 41. Thema: Die Lage in China und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Redner: Genossin Chiyin Chen (Schanghai).

München: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 6. März.

Berlin:

11.00 Feierstunde des Arbeiter-Kultur-Kartells.

Königs wusterhausen:

18.15 Junge Generation spricht: Sollen wir jungen Menschen uns mit Politik beschäftigen?

Langenberg:

17.00 Besuch in einem Kloster. (Vergleiche dazu: „Hinter Klostermauern“, im „Funk“, Nr. 31, vom 6. Februar 1932.)

18.40 Dr. KLEINSORG: Der Reichspräsident und seine Wahl.

Leipzig:

10.00 Prof. WILBRANDT: Wirtschaftskrise und Erwerbslosensiedlung. (Tagung des Allg. Sächs. Siedler-Verbandes in Dresden.)

11.00 SVERDRUP: Mit dem U-Boot „Nautilus“ im Nordpolarmeer.

Wien:

17.00 STEERUWITZ, ehemaliger Bundeskanzler: Deutschland und Oesterreich im Rahmen der mitteleuropäischen Wirtschaft.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wer regiert, und wie wird die Sowjetunion regiert?

Montag, den 7. März.

Berlin:

19.10 Aus der Werkschule der Bewag.

Hamburg:

19.30 Sinfonie-Konzert.

Königs wusterhausen:

17.30 Dr. W. TIGGES: Nachschlage-Werke für jedermann.

Leipzig:

11.00 Dr. SAASZEN, Reichskommissar für vorstädt. Kleinsiedlung; Grundstüchliches zur vorstädt. Kleinsiedlung; und Ob.-Reg.-Rat Dr. MAX BUSCH: Arbeitslosigkeit und Siedlung.

Wien:

18.15 Gespräch über Arbeitsdienstpflicht.

19.45 Sinfonie-Konzert.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 KRUPSKAJA, die Lebensgefährtin LENINS, spricht über: Die Frau im Lande des sozialistischen Aufbaus.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

 Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppa, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funke“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funke“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
 Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
 Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt o.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
 Zentrale und Hauptlagerplatz
 Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:
 1. N 58, Schönhauser Allee 48
 2. N 58, Pappel-Allee 97
 3. C 25, Prenzlauer Straße 9
 4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
 5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17
 Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
 D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
 Telefon: 255142

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung nach Maß ertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHIT
 Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. l.
 Stoffmuster in reicher Auswahl gratis vorfristen

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg
 O. v. Guerickestraße 104

C. Lotze

Göttingen
 Johannisstraße 2

Butter
 Käse
 Eier
 Landbrot

Werbeprosperkte

Zeitungen

Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelaummer F1 Moritzplatz 5471

Die Rechtslehre und die Politik auf ein festes, wissenschaftliches Fundament zu stellen,

wird in dem III. Band der „Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik“ unternommen, in dem

System der philosophischen Rechtslehre und Politik.

Von Leonard Nelson.

XXXV und 680 Seiten. 4^o. 924. Broschiert 16.— M. Ganzleinen 19.— M.

Der Wert des Buches für den Befreiungskampf des Proletariats wird erkennbar aus NELSONS einleitenden Worten:

„Denn wie überall so bietet auch hier nur die Führung kritisch begründeter Prinzipien einen Schutz gegen die zweifelhafte Gefahr daß die Freiheit vom Dogma in die Orientierung des Opportunismus, die Festigkeit der Orientierung dagegen in die Tyrannei des Dogmas ausartet. Diese Festigkeit mit jener Freiheit zu vereinigen, das ist der Sinn der Selbstverständigung, die den Zweck dieses Buches bildet.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Der polnische Senat zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 1. März.

Im Senat fand am Donnerstag eine Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen statt. Ausnahmslos wurde von allen Rednern festgestellt, daß die Beziehungen zu Deutschland die denkbar schlechtesten seien. Auf politischem Gebiet seien es die wachsenden Revisionsbestrebungen und in wirtschaftlicher Hinsicht die Schutz Zoll-Kampfbestrebungen, die zur Verschärfung der Lage beitragen. Der Regierungssenator WYROSK erklärte: „Von HITLER über BRÜNING bis BREITSCHNEIDEN besitzen alle ein Programm Polen gegenüber: Wegnahme Pommereleus und Verdrängung Polens vom Meere. Unsere Pflicht ist es, nachzuweisen, daß Pommereleus ein kernpolnisches Land ist, daß Polen sich von der Ostseeküste nicht verdrängen läßt und daß es einen Raub dieser Gebiete nicht gestatten wird. Die einzige Garantie unserer Grenze in dieser Lage kann nur eine entsprechende Heeresmacht sein.“ Dem Nichtangriffsvertrag mit Sowjetrußland maß der Redner in seinen weiteren Ausführungen nur recht geringe Bedeutung bei. Von der Abrüstungskonferenz könne Polen seiner Meinung nach kaum etwas Positives erwarten. Die vollständige Abrüstung befreie noch nicht vom bösen Nachbarn. Eine der wichtigsten Aufgaben Polens sei der Ausbau der Kriegsflotte, die vor allen Dingen zum Schutz Gdingens berufen sei.

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch der Redner der Nationaldemokraten, der sich u. a. mit der Bitte an den polnischen Außenminister wandte, er möchte den französischen Freunden ein für allemal klarmachen, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf Kosten der polnischen Westgrenze und Pommereleus von dem polnischen Volke geschlossen und entschieden abgelehnt werde.

Auch der Vertreter der Sozialisten wies jeglichen Gedanken einer Grenzrevision mit Entschiedenheit zurück.

Ratifizierung des russisch-persischen Handelsvertrags in Persien.

Moskau, 1. März.

Einer sowjetamtlichen Meldung aus Teheran zufolge hat das persische Parlament den russisch-persischen Handels- und Schiffsvertrags ratifiziert. Der Vertrag ist am 27. Oktober 1931 in Teheran abgeschlossen worden.

Der englische Haushalt wesentlich herabgesetzt.

London, 1. März.

Die Höhe des englischen Haushalts für 1932/33 wird auf 792 Millionen Pfund berechnet. Zum ersten Mal seit 1924 würde sich damit der englische Haushalt unter 800 Millionen Pfund halten.

Beachtenswert ist es, daß bei den vorgenommenen Kürzungen von etwa 13 Millionen Pfund gut 5 Millionen Pfund am Militärhaushalt gespart worden sollen. Der gesamte Militärhaushalt soll um etwa 5 Prozent, die Ausgaben für die Armee fast um 10 Prozent gekürzt werden; mit der Marine und den Luftstreitkräften geht die englische Regierung etwas schonender um als mit den Landtruppen.

Lappo-Truppen halten sich noch

Mänisälä ist immer noch in den Händen der Lappo-Truppen. Der Ort ist allerdings von Regierungstruppen vollständig umzingelt, jede Zufuhr wird verhindert.

Die Regierung verhandelt mit den Aufständischen. Die Verhandlungen verliefen bisher ergebnislos.

Der Telefon- und Telegraphenverkehr in Finnland ist wieder freigegeben.

Weizen für die amerikanischen Arbeitslosen.

Der Kongreß nahm eine Vorlage an, durch die 40 Millionen Bushel Weizen (das sind rund eine Million Tonnen Weizen, d. h. gut $\frac{1}{4}$ der deutschen Weizenrate) aus dem Farmbördlager an die Arbeitslosen überwiesen werden. Die Verteilung erfolgt durch das Rote Kreuz.

Krieg und Frieden.

Von Leonard Nelson.

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen dem Buch LEONARD NELSONS: „System der philosophischen Rechtslehre und Politik“ (Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 11.)

Nationale Macht und Ehre.

Es ist nichts als ein roher Vorurteil und ein Ausfluß aristokratischer Instinkte, daß, nachdem für die innere Politik die Forderung der Rechtlichkeit wenigstens in der Theorie mehr und mehr anerkannt wird, in der äußeren Politik die nationale Macht als höchstes Ziel festgehalten werden soll. Man scheut sich nicht nur nicht, die Idee einer internationalen Rechtsorganisation als Utopie zu verschreiben, sondern man geht sogar so weit, das durch diese Idee geleitete Streben als einen Verrat an den höchsten sittlichen Gütern zu verdächtigen und ihm den Schein der Staatsfeindschaft anzuhelfen.

In Wahrheit ist das angebliche Ideal einer möglichst großen Macht der einzelnen Nation ein ebenso widerspruchsvolles Ideal, wie es das des individuellen Eigennutzes wäre. Daß jede Nation möglichst mächtig werde, ist eine sich selbst widersprechende Forderung, gerade wie die, daß jede einzelne Person sich in einen möglichst großen Vorteil setzen solle. Denn durch die Vergrößerung der Macht des einen wird unweigerlich die des anderen beschränkt. Man ersieht hieraus, daß das Ziel der Machtbereicherung ein Ausfluß der Selbstsucht ist und kein wahres Ideal sein kann. Denn als solches müßte es für alle Nationen gelten. Als allgemeines Prinzip Gedacht hebt es sich aber selbst auf.

Der ideale Wert einer nationalen Gemeinschaft kann allein davon abhängen, was sie als Kulturgemeinschaft leistet. Als Kulturgemeinschaft aber unterliegt sie zu allererst den Anforderungen des Rechts. Wer daher mit Berufung auf die sogenannte nationale Idee dem rücksichtslosen nationalen Machtstreben den Schein einer höheren Weihe zu geben sucht, der mißbraucht einen an sich ehrwürdigen Ausdruck zur bloßen Bemantelung der Gier. Die Tronnung der Nationen ist etwas ethisch Zufälliges, gerade so wie auch die Tronnung der Menschen nach Geschlechtern und nach Familien. So gut wie diese müssen auch jene ihren Vorzug durch ihre kulturellen Leistungen erweisen. Rechtlichkeit der Form des Ver-

Indien.

„Trotz des Bollens der Hunde zieht die Karawane vorbei.“ (Sir SAMUEL HOARE über die englische Herrschaft in Indien.)

Sir SAMUEL HOARE, der englische Staatssekretär für Indien, eröffnete die Unterhaus-Debatte über Indien mit einer Rede, in der er die Stellung der Regierung zu der indischen Freiheitsbewegung klar darlegte.

„Wir handelten (in Indien) wie jede ordentliche Regierung gehandelt hätte, wenn wir es auch widerwillig taten; denn wir halten die Methoden des Kongresses für unsinnig, veraltet, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Macht, die angewandt worden ist, ist außerordentlich groß, aber sowohl um der Menschlichkeit, als auch um der Wirksamkeit unserer Maßnahmen willen war es klüger, einem hemmungslosen Angriff schnell und durchgreifend zu begegnen als durch halbe Maßnahmen, die eine Ausbreitung und Entwicklung des Kampferlaubten.“

Under aller Ansichten sollten verstehen und an die Beweise denken, die wir ihnen dafür gegeben haben, daß wir den Wunsch haben, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Sie sollen an die langen Monate geduldiger Vorarbeit denken, in denen die Regierung mit Drohungen und Beleidigungen überhäuft wurde, an die hochgesinnten Anstrengungen Lord IRWINS (des ehemaligen Vizekönigs von Indien), den Frieden herbeizuführen, an die Hilfe, die wir ohne Murra gegeben haben, um das Problem der künftigen indischen Verfassung zu lösen. Immer wieder haben wir unsere Bereitschaft bewiesen, mit den Indern zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, daß sie ernsthaft arbeiten wollten nach den Richtlinien der Politik, der wir im vergangenen Dezember mit einer überwältigenden Mehrheit im Parlament (das fast nur aus Konservativen besteht! Red.) zugestimmt haben. Im Rahmen dieser Richtlinien sind wir bereit, weiterzuarbeiten. Es ist ein Verbrechen gegen die Zukunft, uns hier Hindernisse in den Weg zu legen.“

(Übersetzt aus dem „Manchester Guardian“.)

Debatte im englischen Unterhaus.

Von einem Augenzeugen.

Mehr als 300 Millionen Menschen, die zumeist in äußerstem Elend leben und alle die Entwürdigung und Unterdrückung fühlen, die einer unterworfenen Rasse zuteil wird, werden von England in Indien beherrscht. Müde der oft wiederholten aber niemals erfüllten Versprechungen, müde der Diskussionen, die endlos hinausgezogen und abgebrochen werden wegen kleinlicher Hindernisse, die nur zu diesem Zweck in den Weg geworfen worden sind, haben die Führer dieses Volkes einen neuen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes begonnen. Sie haben die Waffe gewählt, die zu ihrer Verfügung stand und die die Menschen ihres Volkes verstehen: die Gewaltlosigkeit. Aber selbst gegen diese Methode sind Regierungsbeamte mit Brutalität und Unterdrückung vorgegangen. Bisher hat das den Kampf nicht geschwächt; dank dem Mut und der Ausdauer der Anhänger des Nationalkongresses ist er „unterirdisch weitergefochten“ worden, wie der „Manchester Guardian“ schreibt, und er hat selbst in seine Reihen gezogen, die unter gewöhnlichen Umständen bereit gewesen wären, die Regierung zu unterstützen.

Ich wiederhole diese wohlbekannten Tatsachen, um einen Eindruck von der Art der Probleme zu geben, die am Montag im englischen Unterhaus diskutiert werden sollen, bei der ersten Indien-Debatte, die hier seit der „Konferenz am runden Tisch“ stattfand. Die Wichtigkeit des Themas hat das Interesse der Öffentlichkeit erregt: die Gätertribüne im Unterhaus war überfüllt, und man konnte nur mit vieler Mühe einen Platz bekommen.

Der Anblick, der sich mir beim Eintritt in den Sitzungssaal bot, deutete nicht auf eine wichtige Debatte hin. Nur wenige Abgeordnete saßen, verstreut, auf den langen schwarzen Bänken. Während der ganzen Debatte waren sicher niemals mehr als ein Zehntel der Abgeordneten anwesend, selbst von der Arbeiter-Partei niemals mehr als zehn Mitglieder. Die anwesenden Abgeordneten beachteten den Redner nicht sonderlich. Die meisten räkelten sich auf ihren Sitzen, die vorne Sitzenden legten ihre Beine auf den vor ihnen stehenden Tisch, einige schloffen halb

und andere unterhielten sich. Nur hier und da saß einer aufrecht und hörte zu. Einer von ihnen zog meine Aufmerksamkeit sofort auf sich: Sir AUSTIN CHAMBERLAIN. Er saß allein, eine kalte würdige Gestalt, ein Bild des britischen Imperialismus! Sein hartes, zynisches Gesicht erschien manchmal unter dem Schatten seines Zylinders.

Was hatten die Abgeordneten zu sagen? Was konnten sie sagen? Keiner von ihnen verteidigte das Recht der Inder auf Freiheit, keiner glaubte daran. Keiner war bereit, den englischen Interessen die Lügenmaske abzureißen, mit der sie vorgeschoben wurden unter der Parole: „für Indiens Wohl“; denn alle diese Redner verbergten sich selber hinter diesem Wahlspruch. Der einzige Streitpunkt zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition bestand darin, ob es ratsam sei, die Verhandlungen mit GHANDI abzubrechen und so scharf vorzugehen, wie man es mit den kürzlich erlassenen Verordnungen tut.

Man hat die Wahl zwischen der Politik CHURCHILLS: „Zerschlage sie!“ und der Politik MACDONALDS, die auch von der Opposition vertreten wird: „Betrüge sie!“ Der Arbeiter-Partei gelang es nicht, ihren Standpunkt überzeugend zu rechtfertigen; denn es gibt Grenzen, über die hinaus man ein Volk nicht betrügen kann, und wenn die erreicht sind, wie es heute der Fall ist, bleibt nur noch CHURCHILLS Methode übrig — wenn man Indien nicht die Freiheit geben will.

Es ist bemerkenswert, daß im Gegensatz zu allen früheren Debatten über dieses Thema, weder CHURCHILL noch MACDONALD anwesend war. CHURCHILL war wohl fortgeblieben, weil seine Politik jetzt durchgeführt wird, und MACDONALD, weil seine Politik keinen praktischen Wert mehr besitzt.

Ein konservativer Redner sagte — offenbar in der Überzeugung, daß dies etwas Selbstverständliches sei —: „Was für ein Unsinn, anzunehmen, die Inder könnten sich selber regieren.“ Ich sah das fette, verschlafene Gesicht dieses Mannes, der gar nicht erst versuchte, seine Behauptung zu beweisen; ich sah die intelligenten Gesichter einiger Inder, die in meiner Nähe auf der Tribüne saßen und angestrengt der unsinnigen Debatte dort unten zuhörten, und ich wunderte mich über die Blindheit, bis zu der es ein Mensch in seiner Selbstgefälligkeit bringen kann.

Neben mir saß ein kräftig gebauter Inder. Ich konnte mich von dem haßerfüllten Blick nicht abwenden, mit dem er auf dieses Theater blickte, in dem man mit dem Schicksal seines Volkes spielte. Von der anderen Seite hörte ich das Geplapper von zwei konservativen Damen. Sie kicherten, wenn von den „Unberührbaren“ die Rede war, wenn eine abfällige Bemerkung über GHANDI gemacht wurde. Mich packte die Scham bei dem Gedanken, daß ich zu der gleichen Rasse gehöre, wie diese selbstgefälligen Narren und die Verbrecher dort unten.

Allan Flanders.

Rei. Infolge der Zensur in Indien sind Nachrichten über die weitere Entwicklung dort sehr spärlich. Aus der „New York Times“ vom 15. und 17. Februar entnehmen wir einige interessante Angaben.

In Kaschmir sind lokale Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus vorgekommen, wobei 15 Hindus und 8 Mohammedaner getötet wurden. Die englischen Truppen haben die Unruhen unterdrückt. Gerüchte gehen um, wonach die Engländer die Regierung des Maharadjas einsetzen wollen durch einen Ministerrat, in dem die Engländer die Mehrheit haben.

MAULANA SHAUKAT ALI, einer der mohammedanischen Führer, hat GHANDI angegriffen und sich für die Annahme der englischen Vorschläge über die Neuordnung in Indien ausgesprochen.

Die indische Regierung bezeichnet die Entwicklung der Dinge in Indien als befriedigend. Ueberall im Land bessere sich die Lage, die Grenzen seien ruhig, in Bombay bekomme man die Zügel immer fester in die Hand. Die Kommissionen der Round-Table-Konferenz machen Fortschritte.

SARDUL SINGHI, der gegenwärtige Präsident des All-Indischen National-Kongresses, wurde auf einer Reise in der Richtung nach Peshawar festgenommen und nach Lahore zurückgebracht.

kehrts ist dabei für die einen wie für die anderen die notwendige Bedingung nicht nur der Erlangung kultureller Vorzüge, sondern ihrer Daseinsberechtigung überhaupt.

So verhält es sich denn auch mit der sogenannten nationalen Ehre. Die Ehre einer Nation besteht ebensowenig wie die des Einzelnen in Dingen, die man äußerlich greifen oder die einer dem anderen rauben könnte, sondern sie besteht nur im eigenen Geiste der Rechtlichkeit. Die Ehre vorzuschützen, um das Recht mit Füßen zu treten, ist daher in Wahrheit das ehrloseste Beginnen, das sich denken läßt, indem dadurch die eigene Ehre gerade völlig preisgegeben wird.

Die Eroberungspolitik.

Das größte Hindernis für die Entwicklung der Staaten-gesellschaft zu einem echten Staatenbunde bietet der dazu erforderliche Verzicht der Staaten auf das Mittel der kriegerischen Selbsthilfe, und also auch auf eine selbständige Militärmacht.

Es leuchtet zwar ein, daß die Kriegsgefahr für den einzelnen Staat eine stete Bedrohung seiner Sicherheit bedeutet, daß sie ferner seine Kräfte bis aufs äußerste für Rüstungsausgaben in Anspruch nimmt, und daß so mehr und mehr für ihn die Möglichkeit beschränkt wird, den wachsenden sozialen und kulturpolitischen Anforderungen zu genügen, und daß schließlich eine rechtliche Verwaltung des Staates dadurch auch im Inneren unmöglich gemacht wird.

Aber gerade diese letzte Erwägung lehrt uns den Grund des Widerstandes erkennen, der der Abrüstung von seiten der Einzelstaaten im Wege steht. Was nämlich den möglichen Nutzen des Krieges betrifft, so wird — soweit es sich nicht nur um Gegenmaßnahmen gegen einen kriegerischen Angriff handelt — das Urteil darüber ganz verschieden ausfallen, je nachdem, ob man dabei vom Standpunkt einer Despotie oder von dem eines Rechtsstaates ausgeht. In der Despotie wird das Volk zu einem Mittel für die Privat Zwecke des Mächtigers. Und so benutzt durch die Bekriegung anderer Nationen der Despot das Volk als ein Instrument zu seiner eigenen Bereicherung. Auch ist es auf den äußeren Feind angewiesen, um, vermittelst der von ihm ausgehenden Bedrohung, dem inneren Feind den Burgfrieden abzupressen, der den Aufbruch hintanhält.

Ganz anders im Rechtsstaat. Hier müßte der Krieg einem Zweck des Volkes selber dienen. Es wird aber die Mehrzahl des Volkes, und um so mehr, je gebildeter es ist,

durch einen Krieg weit mehr wagen, als sie dadurch zu gewinnen hoffen kann. Man müßte denn meinen, daß das Volk für die Opfer eines Krieges durch die Bereicherung entschädigt würde, die eine Eroberung mit sich bringt. Die Vorstellung aber, als ob die Größe des Staatsgebietes den Reichtum eines Volkes ausmacht, findet auf den Rechtsstaat keine Anwendung. Allerdings, solange es die Sitte erlaubt, die Bewohner eines unterworfenen Landes auszuplündern und als Sklaven zu verkaufen oder zu Leibeigenen zu machen, die von den neuen Herren beliebig ausgebeutet werden können, so lango bedeutet eine Gebietsvermehrung eine Bereicherung, wenigstens für die herrschende Klasse im Staat. Ähnliches gilt auch da, wo der Staatshaushalt noch zusammenfällt mit dem Haushalt des Regenten. Da bedeuten neue Untertanen für den Regenten neue Steuerzahler und insofern eine Vermehrung seiner Einkünfte. Im Rechtsstaat ist das Hoheitsrecht des Staates streng geschieden nicht nur vom Privateigentum des Regenten, sondern auch vom Staatseigentum. Und auch dieses wird vom Staate nur im Interesse aller Staatsbürger verwaltet. Etwaige Überschüsse, die es abwirft, müssen wieder zum gemeinen Wohl verwendet werden. Die Erwerbung eines neuen Gebietes hat daher hier nur die Wirkung, daß die Einwohner dieses Gebietes unter andere Gesetze und unter eine andere Verwaltung kommen. Es wird aber kein einziger der bisherigen Staatsbürger dadurch reicher.

Man sagt wohl zu Gunsten von Eroberungen, daß, wenn ein Staat ein Gebiet mit einer wohlhabenden Bevölkerung annektiert, der Nationalreichtum um den ganzen Betrag des Vermögens dieser Bevölkerung wächst, und daß dieser Zuwachs offenbar eine Bereicherung des erobernden Volkes bedeutet.

Wer so schließt, läßt sich wieder durch Worte täuschen. Der Nationalreichtum, wie er hier verstanden wird, ist eine lediglich statistische Größe. Verglichen mit der Bevölkerungszahl kann er einen Anhaltspunkt für den durchschnittlichen Reichtum der Bewohner eines Landes abgeben. Aber dieser Nationalreichtum gehört ja nicht der Nation, sondern jeder Teil gehört einer Einzelperson. Wenn also durch Annexion eines reichen Gebietes die auf den Kopf der Bevölkerung des annektierenden Staates entfallende Quote des Nationalreichtums um einen noch so hohen Betrag stiege, so würde doch kein einziger Staatsangehöriger dadurch reicher werden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verteilung des Grundeigentums in Deutschland.

In den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“, Heft 6 des 135. Bandes, vom Dezember 1931, gibt Dr. M. RAUTERBERG eine genaue Aufstellung über die Verteilung des Grundeigentums in Deutschland. In dieser Arbeit werden also Zahlen angegeben, die seit langem vergeblich gesucht worden sind.

Der Verfasser zeigt, wie er zu seinen Zahlen gelangt; seine Untersuchung ist also in allen Teilen nachprüfbar. Seine Quellen sind: vor allen Dingen die Vermögenssteuerstatistik von 1924, dann die Einheitswertstatistik sowie die Betriebszählungsstatistik von 1925 (die er jedoch nur zu gewissen Schlüssen in bezug auf den Kleinbesitz und den Staatsbesitz benutzt). Unsicher sind seine Ergebnisse nur in bezug auf das Kirchenland, das er auf Grund eines komplizierten Schlußverfahrens mit rund 850 000 Hektar angibt. Seine Ermittlungen erstrecken sich auf 41,6 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche. Das ist genau die in der Betriebszählung von 1925 zugrunde gelegte Fläche, die allerdings um 500 000 Hektar nach unten von der Bodenbenutzungserhebung von 1927 abweicht (eine Abweichung, die RAUTERBERG wohl anmerkt, aber nicht erklärt).

Wie ist nun das Eigentum an diesen 41,6 Millionen Hektar in Deutschland verteilt? Natürlich ergeben sich erhebliche Abweichungen von der Betriebszählungsverteilung, da in der Eigentumsstatistik alle Betriebe zusammengefasst sind, die einem Eigentümer gehören. RAUTERBERG stellt die Ergebnisse seiner Untersuchungen in einer Tabelle dar, die wir hier (mit Abrundungen auf Tausend Hektar) wiedergeben. In diese Tabellen, die wohl in der künftigen öffentlichen Diskussion über Groß-

grundeigentum und Siedlung eine wichtige Rolle spielen wird, fügen wir die Prozentzahlen ein, die RAUTERBERG an anderer Stelle bringt.

1. Privateigentum.

Größenklasse	Eigentümerzahl		Fläche in 1000 ha	
	absolut	in % der Privat-eigentümer	absolut	in % der Nutzfläche
weniger als 20 ha	3 616 043	91,9	11 998	28,8
20 bis 50 ha	241 222	7,5	7 300	26,0
50 bis 100 ha	52 751		3 510	12,3
mehr als 1000 ha	1 722	0,6	5 132	11,5
100 bis 1000 ha	20 993		4 812	
			32 752	

Weniger als ein halbes Tausendstel Prozent der Privateigentümer in Deutschland besitzen also 11,5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche.

Die Durchschnittsgrößen dieser Besitztümer sind nach den gleichen Größenklassen geordnet wie oben: 3,3 ha, 30,5 ha, 66,5 ha, 244,5 ha, 2800 ha.

2. Eigentum öffentlich-rechtlicher und ähnlicher Körperschaften.

	in 1000 ha
Staatsforsten	4177
Staatsanteilsforsten	15
Gemeindeforsten	2180
Stiftungsforsten	231
sonstige selbständige landwirtschaftliche öffentlich-rechtliche Körperschaften	977
sonstiges Dienst- und Deputatland	52
Allmende (außer Wald)	199
Kirchenland (parzelliert)	rund 850
Schulland (parzelliert)	rund 50

Gerhard Kumbelen.

Die Hungersnot-Drohung.

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft legt eine von dem Rittergutsbesitzer SCHURIG-Zeestow verfaßte Denkschrift über die Gefährdung der deutschen Ernte vor, in der es heißt:

„Über den Tagesstreit der Meinungen hinaus muß auf die Folgen, die eine Gefährdung unserer Ernte nach sich ziehen müssen, hingewiesen und betont werden, daß eine Verminderung unserer Ernte auf alle Fälle und mit Unterstützung aller Bevölkerungskreise verhindert werden muß.“

Wie weit soll die Unterstützung der Großgrundeigentümer durch die Arbeiterschaft eigentlich noch getrieben werden? Die folgenden Sätze sollen offenbar die Begründung für weitere Forderungen bilden:

„Die Folgen, die im gegenwärtigen Augenblick eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion nach sich ziehen würde, sind unabsehbar. Trotz des Ueberflusses an Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt würde es nur kurze Zeit möglich sein, den Fehlbedarf, der bei einer verminderten Ernte dieses Jahres auftreten müßte, durch vermehrte Importe zu decken. Die notwendigen Devisen würden sehr bald fehlen und auf Kreditierung der Nahrungsmittelieferungen würde sich der ausländische Landwirt kaum einlassen. So stehen wir heute vor einer ähnlichen Situation wie in der Kriegszeit. War es damals die Blockade der Feinde, so ist es heute Mangel an

Kapital, der bei einer Verminderung der deutschen Ernte eine Steigerung der Lebensmittelfuhr unmöglich machen würde, und damit eine Lebensmittelknappheit zur Folge haben muß.“

Die Begründung enthält einen groben nationalökonomischen Fehler, den man in deutschen Zeitungen nur drucken kann dank der vom „Deutschen Volkswirt“ (einer kapitalistischen Wochenschrift) festgestellten „krassen Unbildung in wirtschaftlichen Dingen, die in Deutschland das einzige geistige Gemeingut aller Klassen und Parteien zu bilden scheint“.

Wem mangelt es nach Ansicht der Verfasser jener Denkschrift an Kapital? Einigermassen sinnvoll wäre noch die Behauptung, es mangle den kanadischen und argentinischen Getreideverkäufern an Kapital, um nach Deutschland Getreide auf Kredit liefern zu können. Die Verfasser denken aber offenbar an deutschen Kapitalmangel. Der würde aber den Austausch von deutschen Maschinen und Osram-Birnen gegen überseeische Weizen so wenig hindern wie Kapitalmangel in Amerika. Schiffe zum Transport, in denen verhältnismäßig viel Kapital angelegt ist, liegen wahrlich genug in den Häfen! Der Weizen liegt drüben. Wenn die unglücklichen Produ-

zenten ihn nur verkaufen könnten! Wenn sie ihn nach Deutschland verkaufen könnten, wären sie nur zu gern bereit, dafür deutsche Industriewaren zu kaufen. Dazu sind sie heute ja gerade deshalb nicht in der Lage, weil sie ihren Weizen nicht verkaufen können. Den einzigen Nachteil von dem Austausch deutscher Industrieprodukte gegen überseeischen Weizen hätten die deutschen Großgrundeigentümer. Den Vorteil davon hätten überseeische Farmer und deutsche Arbeiter, und, da diese dann kaufkräftiger wären für bäuerliche Produkte, auch die deutschen Bauern. Alle diese Folgen sind nicht „unabsehbar“, sondern gerade absehbar! Auch jene Verfasser können sie absehen.

Es ist also lediglich übelste Demagogie, die Blockade, während der die Kriegsgegner kein Getreide liefern wollten, mit dem heutigen Zustand zu vergleichen, in dem die überseeischen Farmer nichts sehnlicher wünschen, als ihre Getreidevorräte an deutsche Konsumenten verkaufen zu dürfen. Rpt.

Verständige Regierungserklärung in der Schweiz.

Wir sind erstmals in der Lage, einer Regierungserklärung über wirtschaftliche Fragen in wesentlichen Punkten zustimmen zu können. Es handelt sich um die amtliche Mitteilung des schweizerischen Bundesrats vom 2. März, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Ähnlich wie bei den Warenpreisen glaubt der Bundesrat auch bezüglich der Mieten, daß staatliche Zwangsmaßnahmen, die bei außerordentlichem Wohnungsmangel als Notrecht ihre soziale Berechtigung haben mögen, um der Gesamtheit der Bevölkerung die nötigen Wohnräume zu sichern, bei der heutigen Situation aus konstitutionellen und gesetzlichen Gründen kaum zulässig sind, andererseits auch keinen praktischen Erfolg versprechen würden, wohl aber geeignet wären, die Bautätigkeit zu entmutigen und damit zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beizutragen. . . . Der Bundesrat behält sich vor, ähnlich wie bei den Warenpreisen, durch Erhebungen und Kontrolle, deren Ergebnisse veröffentlicht würden, die Bestrebungen zur Herabsetzung der Mietzinse im Rahmen des Möglichen zu begünstigen.“

„Unter dem Druck der Verhältnisse sind bereits erhebliche Lohnreduktionen eingetreten; weitere von bedeutendem Ausmaße sind im Gange. Man muß sich aber darüber klar sein, daß solche Lohnherabsetzungen zu einer Verarmung des Volkseinkommens und der Konsumkraft führen. Dieser Tatsache ist bei der Preisgestaltung Rechnung zu tragen.“

„Schließlich erinnert der Bundesrat an die allgemein anerkannte Erfahrungstatsache, daß der Staat die Wirtschaft nicht leiten kann, und daß seine Interventionsmöglichkeiten verhältnismäßig bescheiden sind.“

Wir schätzen allerdings die Interventionsmöglichkeiten so „unbescheiden“, ein, daß wir meinen: der Staat kann und soll für eine gerechte Wirtschaft sorgen. All denen, die von staatlicher Allmacht die Erhebung aller ihrer Sorgen, insbesondere die Sozialisierung ihrer Vermögensverhältnisse, gibt der schweizerische Bundesrat aber jedenfalls die richtige Antwort!

Das ist Handelspolitik.

In Rom sind am 4. März Vereinbarungen zwischen Oesterreich und Litauen unterzeichnet worden, die ausgesprochenenmaßen den Zweck verfolgen, den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern zu beleben. Das soll geschehen unter anderem durch Frachtvergünstigungen und Gewährung von Ausfuhrkrediten.

Bauern unter dem Faschismus.

Die deutschen Faschisten werben — leider mit Erfolg — unter der deutschen Bauernschaft. Die Erfahrungen der italienischen Bauern mit dem Faschismus sind in Deutschland fast unbekannt. Wir geben daher hier einem ehemaligen Führer des linken Flügels der Popolari (katholischen Volkspartei) PIETRO MIGLIOLI das Wort. Seine Ausführungen entnehmen wir der Broschüre: „Bauernnot und Hakenkreuz“. (Verlag des Europäischen Bauernkomitees.)

Ich möchte, daß alle Bauern, die, sei es aus Unwissenheit, an der sie keine Schuld tragen, oder infolge der Verwirrung, die die trügerische faschistische Propaganda in ihren Köpfen angerichtet hat, noch nicht den Weg des Kampfes gegen den Faschismus gewählt haben, heute endlich durch mich die entschlossene Stimme des Bauern aus jenem Lande zu hören bekommen, wo der Faschismus in seiner typischsten und reinsten Form besteht. In Italien befindet sich der Faschismus heute seit beinahe zehn Jahren an der Macht.

Es ist für den Bauern im Ausland ungeheuer schwer, aus den Resultaten der faschistischen Herrschaft in Italien die Wirklichkeit herauszulesen. Gewaltige Mächte wirken zusammen, um die Wahrheit zu verbergen. Es ist der Faschismus selbst, der sie verhüllt und mit allen Mitteln zu verbergen sucht.

Aber die Wahrheit manifestiert sich heute im Loben des italienischen Bauern, dem sie tiefe unheilbare Wunden geschlagen hat.

Und dieses ist die Wahrheit:

Landarbeiter.

Der Landarbeiter, der durch kollektive Lohnverträge vor dem Faschismus geschützt war, die durch seine Organisationen abgeschlossen wurden, hat seine Machteroberung der Faschisten alle sozialen Errungenschaften, die er sich erkämpft hatte, wieder verloren und ist von Lohnkürzung zu Lohnkürzung heute bis auf 50 Prozent dessen herabgedrückt worden, was er früher verdiente. Die Arbeitslosigkeit, die nach offiziellen Angaben im Jahre 1922 für alle Landarbeiter etwa 10 Prozent betrug, ist heute nicht offiziell festgestellt, aber mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte auf dem Lande ist beschäftigungslos. Kein Arbeitsloser auf dem Lande bekommt irgendeine Unterstützung.

Pächter.

Verglichen mit dem Los des Landarbeiters ist das des Halbpächters noch verzweifelter, denn er wird nur mit Pro-

dukten entlohnt, deren Wert ständig sinkt. Der Teil, der ihm zukommt, beträgt nur den Worten nach die Hälfte der Produktion. In Wirklichkeit, wenn man das Nettoeinkommen feststellt, das heißt, alle Lasten abzieht, die auf der Produktion liegen, und die der Faschismus in unglaublichem Maße erhöht hat, macht das, was der Bauer von der Ernte erhält, kaum ein Viertel derselben aus. Es ist deshalb verständlich, warum der Faschismus heute erklärt, daß die Landbebauung in Form der Halbpacht mit allen Mitteln auf ganz Italien erstreckt werden soll. Der faschistische Landwirtschaftsminister gab für diesen Plan der Regierung folgende Erklärung: „Es ist notwendig, zu einer Beseitigung der Lohnarbeit auf dem Lande zu kommen, weil sie in Geld bezahlt wird, festgelegte Arbeitszeit hat und eine Sicherstellung des Lohnes fordert. Der Arbeitstag der Halbpächter kennt keine Grenzen und spannt seine Frau und Kinder ohne jedwede Entschädigung in die Arbeit ein. Der Halbpächter trägt das Risiko guter und schlechter Ernten und schwankender Preise. Er ist an die Scholle gebunden und wird zu einem gefügigeren Element in den Händen des Eigentümers.“

Es ist kürzlich in den Archiven einer lombardischen Stadt ein Halbpachtvertrag aufgefunden worden, der vor mehr als sechs Jahrhunderten abgeschlossen ist. Dieser Vertrag unterscheidet sich in seiner Form durch nichts von den Halbpachtverträgen, die der Faschismus heute einem großen Teil der italienischen Bauern aufzwingt.

Der Kleinpächter und der kleine Eigentümer sind unter der faschistischen Herrschaft zum großen Teil aus kleinen Landwirten zu Proletariern geworden.

Faschistische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Es gibt ein faschistisches Dokument aus dem Jahre 1930, herausgegeben von dem faschistischen Großrat, der das leitende Organ des faschistischen Regimes darstellt. Dieses Dokument verdient in Stein gehauen und in allen Dörfern Europas aufgestellt zu werden. Es stellt fest, daß die Zahl der „ehemaligen Kleineigentümer und ehemaligen Kleinpächter“ ständig zunimmt, und daß diese Tatsache zu einer bournünftigen Vermehrung der Arbeitslosen auf dem Lande führt. Das Dokument schließt damit, daß „die Familien der ehemaligen Kleineigentümer und ehemaligen Kleinpächter zu Siedlungszwecken verwendet und in diejenigen Gebiete Italiens, der Inseln und Afrikas gebracht werden sollen, wo der Faschismus das große Werk der Melioration des unbauten Bodens begonnen hat“. Es handelt sich hier um diejenigen Landesteile Italiens, wo die „Gottesgeißel“, die Malaria, wütet.

Natürlich blühten sich die unglücklichen Bauern, die ihr Stückchen Land verloren hatten und auch keine Arbeit mehr fanden, gegen diese Zwangsverschickung auf. „Wenn wir schon sterben sollen, dann lieber da, wo wir zu Hause sind!“ Ihre Auflehnung war so einmütig, daß der Befehl der Faschisten nicht durchgeführt werden konnte. Aber das Dokument ist geblieben, und es beweist, daß der Faschismus bereit ist, dem Ruin der italienischen Bauern auch noch die schändliche Verschickung in die Gebiete des Todes hinzuzufügen.

Faschistische Kolonisationsmethoden.

Was die Kolonisation Afrikas betrifft, so liegt bei dem Völkerbund in Genf eine Klage des „Komitee zur Verteidigung von Tripolis“ aus der jüngsten Zeit vor. Man kann dieses Dokument nicht ohne tiefes Entsetzen lesen. Achtzigtausend Araber wurden von ihren Ländereien, die ihre Väter inmitten der Sandwüsten im Laufe von Jahrhunderten urbar gemacht hatten, verjagt, um diese Länder einigen kapitalistischen Unternehmern Italiens auszuliefern. Zu diesen gehören einige der bekanntesten Faschisten bis zu den Spitzen der Regierung, und diese Ländereien werden heute von eingeborenen Truppen bestellt, die auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht zum Militärdienst gezwungen und in wahrer Sklaverei gehalten werden.

Weizenzölle zu Gunsten der Großgrundbesitzer.

Im Jahre 1925 wurde der Weizenzoll heraufgesetzt und mit der Zeit auf eine Höhe geschraubt, die über dem Weltmarktpreis des Weizens liegt. Diese Maßnahme kam nur den Großproduzenten zugute. Nicht nur der Bauer, der hauptsächlich für seinen eigenen Bedarf produziert, hatte davon nicht den geringsten Vorteil. Auch der mittlere Produzent, der unter dem Druck von Schulden und Steuern steht und gezwungen ist, seine Erzeugnisse vor der Ernte zu verkaufen, mußte sich mit den Preisen zufrieden geben, die ihm die großen Aufkäufer und Spekulanten aufzwangen.

Völliger Ruin der Bauern.

Um schließlich ein Bild zu geben, bis zu welchem Grade die Bauernwirtschaft ruiniert ist, genügt es, folgende Erklärung des Finanzministers anzuführen: „Man muß bei der Festsetzung von neuen Steuern auf dem Lande vorsichtig vorgehen“, sagte er kürzlich zu den Hampelmännern, die als „Abgeordnete“ im Parlament sitzen; „in einigen Gebieten kann man schon von zwei Dritteln der Bauern keinen Pfennig mehr hereinbekommen, ohne die Gerichtsbehörden oder die Polizei zur Hilfe zu rufen.“